mburg, 28. Mai 1927 — 41. Jahrgang. Nummer 21

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 36, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postscheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Kann die Wirtschaft höhere Löhne tragen?

n letzter Zeit wird ein Meinungskampf ausgefochten, ich um die volkswirtschaftliche Auswirkung hoher dreht. Die Gewerkschaften vertreten den Stand- daß hohe Löhne die Grundlage einer gesunden Wirt- sind und die Kraft in sich haben, diese Gesundung zu dauernden zu machen. Der Gewerkschaftskampf be- sich in dieser Richtung. Diese theoretische rlage des gewerkschaftlichen Kampfes lange Zeit nur von den Arbeitern und einigen Ein- n der bürgerlichen Wissenschaft verfochten. In letzter nd auch zahlreiche Unternehmer zu dieser Ansicht ge- en. Allerdings weniger in Deutschland, sondern ächlich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. en deutschen Unternehmern gibt es nur wenige, die nsicht des steigenden Volkswohlstandes durch hohe unterstützen. Den Unternehmern zur Seite stehen nschaftler, von denen vor allen der schwedische Pro- Cassel zu nennen ist. Dieser hat sogar die Tribüne Weltwirtschaftskonferenz benutzt, um seine Theorie von chädlichkeit hoher Löhne an den Mann zu bringen. em Führer der deutschen Delegation, dem bekannten ehmer v. Siemens, wurde Cassel in Genf unter- Dieser sah sogar alles Unheil der Welt in der steigerung der Ware Arbeitskraft. Um diesen Mei- kampf erfolgreich führen zu können, ist es notwendig, standpunkt der Arbeiterklasse immer wieder zu be- und Argumente für dessen Richtigkeit heranzuholen. sem Meinungskampf ist den Gewerkschaften ein werk- Bundesgenosse in Gestalt eines Buches erstanden. erlage der Heidelberger Verlagsanstalt und Druckerei b. H., Heidelberg, erscheint zur Zeit ein Buch unter itel: „Die volkswirtschaftliche Funktion r Löhne". Diese theoretisch gründliche Arbeit über lkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne stammt von arl Massar und ist eine erweiterte Preisarbeit der sität Heidelberg. Daß eine solche Arbeit von der phischen Fakultät dieser Universität mit einem Preise t wurde, ist zugleich ein ehrendes Zeugnis für dieses t. Die Schrift verdient es, in gewerkschaftlichen n in Massen verbreitet zu werden. Sie ist ein volks- astliches Lesebuch eines jeden Gewerkschaftsfunktio- as die Eigenschaft hat, die gewerkschaftliche nbeit mit neuem Leben zu befruchten. Buch dient den nachfolgenden Ausführungen zur age.

ne Erhöhung der Löhne und Gehälter kann sich auf nsumtion und Produktion verschieden auswirken. Sie auf Kosten des Unternehmergewinns gehen, der von nternehmerklasse persönlich verzehrt wird. Was der ehmer zum persönlichen Gebrauch weniger hat, er- er Arbeiter mehr. Die Einschränkung des Unter- rgewinns wird sich vor allen Dingen in einer Ver- ung des Luxuskonsums auswirken. Bei den Ar- wird sie sich in einer Erweiterung des Bedarfs- s bemerkbar machen. Eine Lohnerhöhung kann direkt auf Kosten aller Konsumenten gehen, indem dem Unternehmer auf die Preise geschlagen und ie Ware verteuert wird. Die Frage der Abwälzung hnerhöhungen auf die Konsumenten oder andere n der Bevölkerung spielt in der Wirtschaftswissen- ine große Rolle. Im allgemeinen ist man der An- aß jede Lohnerhöhung Preiserhöhun- ach sich ziehen müsse und damit der Erfolg teren umsonst gewesen sei. Ein Moment ist aber llen Umständen zu beachten: Erhält die große Masse evölkerung mehr Kaufkraft, dann findet eine Er- ung des Massenkonsums und eine Einschränkung des onsums statt. Verschiebungen auf der Konsumseite Umlagerungen in dem Mechanismus der Produktion lge.

ezüglich der Einwirkungen des gesteiger- Massenkons s und der damit geförderten Massenproduktion ist vor allem das Bestreben beachtlich, Vergeudung von Energien in der Produktion zu vermeiden und durch Einführung neuer und verbesserter Maschinen die Rentabilität des Betriebes zu heben. Kurzum, es tritt das zutage, was wir mit dem Worte Nationalisierung bezeichnen. Hohe Löhne haben sich in Amerika und auch in Deutschland als der stärkste Motor der Nationalisierung gezeigt. Gesteigerter Massenkonsum, erweiterte Massenproduktion und Nationalisierung bilden eine Stufenfolge. Die Nationalisierung zeigt sich in der Verminderung der Arbeitskraft. Dadurch werden wirtschaftliche Erfolge in das Gegenteil verwandelt. Jede Ermäßigung des Lohnfonds durch Ausschaltung von Arbeitermassen bedeutet eine Verminderung der Kaufkraft und ist somit volkswirtschaftlich schädigend.

In der Frühzeit der kapitalistischen Entwicklung hat sich eine Erhöhung der Löhne in einer gewissen Verschwendung, zum Beispiel einem höheren Konsum geistiger Getränke usw., ausgewirkt. Bei zunehmender Kultur der Arbeiterklasse hat eine Erhöhung des Einkommens in erster Linie eine bessere Lebenshaltung und die Befriedigung kultureller Bedürfnisse zur Folge. Ein Arbeiter, der auf Grund eines geringen Lohnes sich nur schlecht zu ernähren imstande ist, vermag nur verhältnismäßig wenig zu leisten. Die Familie eines solchen Arbeiters leidet Not und die Kinder wachsen zu nicht voll leistungsfähigen Arbeitskräften heran. Der schlecht genährte Arbeiter wird nur mürrisch zur Arbeit gehen, seine wirtschaftlichen Sorgen lassen seine Arbeitsfreude nicht aufkommen. Dagegen haben die Worte von Herkner ihre volle Berechtigung: „Je kräftiger und gesunder ein Arbeiter ist, desto größer ist sein Vorrat an Energie, desto größer sein Drang zur Betätigung, desto leichter fällt ihm die Arbeit". Der gut bezahlte Arbeiter ist nicht mürrisch, sondern froh gestimmt, wie dies Amerika zeigt.

Auf das Bevölkerungsproblem ist der Lebensstandard der breiten Massen von großem Einfluß. Die Ansichten von Malthus und Lassalle, daß bei erhöhten Löhnen die Arbeiterklasse sich rasch vermehren würde, so daß das Neuangebot von Händen die vorher errungenen Erfolge wieder beseitige, hat sich als irrtümlich erwiesen. Lassalles ehernes Lohngesetz war eine theoretische Fehlkonstruktion. Richtig ist, daß der niedriggestellte Arbeiter infolge Mangels kultureller Zerstreuungen sich vielmehr dem Geschlechtsverkehr hingibt, als der Empfänger eines hohen Lohnes, der in guten Verhältnissen lebt. Hochgestellte Arbeiter und Angestellte setzen weniger gedankenlos eine große Zahl von Kindern in die Welt. Die Qualität eines Volkes wirkt sich in der Quantität desselben aus.

Die kapitalistische Produktion ist gekennzeichnet durch das Mißverhältnis zwischen der Kaufkraft und der Ergiebigkeit der Arbeit. Daraus ergeben sich die Wellenbewegungen der Krise und die Hochkonjunktur. Krisen durch eine Senkung der Lohnhöhe mildern zu wollen, wird sich als ein Fehlschlag erweisen müssen. Die Unternehmer halten einen solchen Weg für volkswirtschaftlich richtig und notwendig. In Wirklichkeit wird die Krise dadurch verschlimmert und die Aussichten auf eine Besserung der Wirtschaftslage vermindert. Solange die Produktion planlos auf einem mutmaßlichen Bedürfnis aufgebaut ist, solange wird es Krisenzeiten geben Hohe Löhne werden zwar die Schwankungen der Wirtschaftslage nicht ganz verhindern, dennoch haben sie die Kraft, Krisen hinauszuschieben und abzuschwächen und die Zeiten guter Geschäftslage zu verlängern. Hohe Löhne vermögen die Schäden der privatkapitalistischen Wirtschaft in weitestgehendem Maße auszugleichen. Aus diesen Gründen haben sich selbst amerikanische Unternehmer gegen Lohnsenkungen erklärt. Nach einer Uebergangszeit haben nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Unternehmer an einem gesteigerten Lebensstandard einen Nutzen

Die Behauptungen der Unternehmer um v. Siemens und ihrer wissenschaftlichen Kumpane sind eine gradlinige Fortsetzung der Theorie Ricardos. Die Arbeitslosigkeit ist nicht eine Folge hoher Löhne, sondern des niederen Lebensstandards in Europa. Niedrige Einkommen der breiten Massen haben die Tendenz, fortzeugend immer weitere Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Störungen hervorzurufen. „Hohe Löhne bewirken erhöhten Absatz und flüssigere Wirtschaftsgebahrung, sie reißen die Wirtschaft heraus aus Schlappheit und Erschöpfung, geben der Konsumtion neue Mittel und spannen die hinter der Produktion stehenden Kräfte an. Niedrige Löhne sind gleichbedeutend mit Stockung der Absatzmöglichkeit, Stockung in der Produktion und wirtschaftlichem Stillstand. Die Geschichte beweist, daß diejenigen Länder, deren Arbeiterschaft hohe Löhne bezieht, die wohlhabenderen, moralisch und intellektuellen höherstehenden und technisch fortgeschrittenen sind." Aus diesen und andern Gründen kommt Herr Dr. Massar zu folgendem Schluß:

„Wenn daher die Arbeiterschaft geschlossen und in Gewerkschaften organisiert zur rechten Zeit und in rechtem Maße Lohnerhöhungen erzwingt, dann erfüllt sie nicht nur eine privatwirtschaftlich erwünschte, sondern auch volkswirtschaftlich berechtigte Forderung." Wenn alle Arbeiter, Angestellten und Beamten diese Einsicht hätten, dann müßte ihr Interesse auf nichts anderes als auf eine Stärkung der Gewerkschaften gerichtet sein.

Kollege, arbeite mit!

Du bist noch kein vollwertiges Mitglied des Verbandes, wenn Du nur Deine Beiträge bezahlst, Dich aber sonst nicht um Deinen Verband kümmerst.

Du darfst nicht glauben, daß die andern es schon machen werden. Wenn jeder sich nur auf die andern verläßt, wird überhaupt nichts getan; aber wenn alle mitarbeiten, wird freudig jede Arbeit zur Stärkung des Verbandes getan.

Du kannst immer und überall mitarbeiten, wenn Du den ernsten Willen hast. Drückeberger finden nie Gelegenheit zur gemeinsamen Werbearbeit.

Du mußt jetzt dem Rufe der Organisation folgen und soviel in Deinen Kräften steht, mitarbeiten zum gemeinsamen Interesse.

Konjunkturbericht vom Monat April.

Die ersten Anfänge einer Besserung in der deutschen Wirtschaft liegen ungefähr ein Jahr zurück. Sie haben ihren Ausgang von der gesteigerten Kohlenausfuhr in der Folge des englischen Bergarbeiterstreiks genommen. In kurzer Zeit waren damals die riesigen Haldenbestände abgestoßen und ein breiter Strom von Segen floß in Form von gewaltigen Gewinnen in die weiten Taschen der deutschen Bergbauunternehmer. Wir haben in Nr. 47 des „Maler" vom vorigen Jahrgang einen Erguß des Börsen-

Nütze jede Gelegenheit zur Werbung für den Verband!

berichterstatters der „Bergwerks-Zeitung" zitiert, der es wert ist, gerade jetzt noch einmal der Vergessenheit entrissen zu werden, da er blitzartig die Ursachen beleuchtet, die zu dem am 13 Mai erfolgten Krach an der Berliner Börse geführt haben. Darin machte dieser begeisterte Anhänger des kapitalistischen Wirtschaftssystems seiner Freude über die zwar etwas unerwartet hereinfluteten, gerade deshalb aber sofort zu ausgedehnten Börsenspekulationen angelegten Ueberschüsse wie folgt Luft: „Diese Börsenhausse ist eine der interessantesten Erscheinungen der Zeitgeschichte. Groß und klein labt sich daran, der Wirtschaftsfürst wie der Milchmann. Die Börse selbst und sogar die Hochfinanz stehen staunend und sehen, wie sich ein gewaltiger Strom von Effekten nach dem Westen bewegt. Es ist eine Abwanderung, eine Umgruppierung von Effekten, wie man sie bisher in der Geschichte der Börse noch nicht erlebt hat. Der Westen hat sich dem Berliner Platze wieder mal überlegen gezeigt, und der Pessimismus mancher Großbankdirektoren fällt stark ab neben dem lebenskräftigen Optimismus des Reviers. Es ist richtig: der Zufall ist dem Westen zu Hilfe gekommen; Glück muß sich dem Verstande zugesellen." Natürlich hat sich auch die Fertigindustrie mit ihren Rationalisierungsgewinnen sofort diesem müheloseren Erwerb zugewandt, anstatt der Wirtschaft die dringend benötigten Mittel zuzuführen oder den Inlandsabsatz durch Hebung der Kaufkraft zu stärken. Es ist anzunehmen, daß sich die Bankdirektoren bald von ihrer Ueberraschung erholt und ihren Anteil an dem Raub rechtzeitig in Sicherheit gebracht haben. Um so härter werden weniger widerstandsfähige Spekulanten von dem Kurssturz an der Effektenbörse getroffen worden sein.

Wenn der Börsenkrach den Erfolg hat, daß sich der Geldmarkt aus dem wilden Spekulationsgeschäft zurückzieht und sich mehr den realen Aufgaben unserer Produktion, vor allem auch dem Baumarkte zuwendet, dann kann eine weitere Gesundung unseres Wirtschaftslebens eintreten. Der Wohnungsbau sichert zwar keine so schnellen Umsätze, vielleicht auch keine so mühelosen Gewinne wie die volkswirtschaftlich ungesunde Spekulation an der Börse, aber er gewährt selbst bei durchaus erschwinglichen Mieten auf Jahre hinaus eine angemessene und vor allem ungefährdete Verzinsung des investierten Kapitals.

Die Vorbereitungen für eine Belebung der Baukonjunktur sind durch die Maßnahmen für Arbeitsbeschaffung schon in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres getroffen worden. Tatsächlich ist eine Steigerung der Bauvorhaben wie auch eine vermehrte Inangriffnahme von Wohn- und Industriebauten zu verzeichnen, da die immerhin nicht unerheblichen Baukostenzuschüsse aus der Mietssteuer die Kapitalbeschaffung wesentlich erleichtern. Man möge aber schon jetzt Vorsorge treffen, daß eine vernünftige Verteilung der auszuführenden Arbeiten auf das ganze Jahr stattfindet. Damit kann dem befürchteten Facharbeitermangel sowohl für das Baugewerbe als für die Baunebengewerbe am wirksamsten begegnet werden. Gegenwärtig ist für alle Berufe noch eine selbst stärkeren Bedürfnissen genügende Anzahl von Arbeitslosen vorhanden.

An unserer Erhebung über die Geschäftslage am Ende des Monats **April** haben sich 42 Filialen für 136 Betriebe mit insgesamt 5282 Beschäftigten (davon 724 Lehrlinge in 125 Betrieben) beteiligt. Bekanntlich erfolgt die Beurteilung des Beschäftigungsgrades nach „sehr gut", „gut", „befriedigend" und „schlecht". Wir haben in nachstehender Uebersicht die Ergebnisse unserer monatlichen Umfragen seit dem Beginn des Jahres 1926 in Relativzahlen zusammengestellt. Diese Tabelle gewährt dem aufmerksamen Beobachter einen besseren Ueberblick, als es durch die monatliche Würdigung unserer Feststellungen geschehen konnte.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit — sehr gut		gut		befriedigend		schlecht	
	in Prozent der							
	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten
1926 Januar ...	0,9	1,3	7,0	12,3	33,0	34,2	59,1	52,2
Februar ..	1,5	1,6	9,0	11,9	51,8	59,7	37,7	26,8
März	4,1	6,9	30,6	39,9	50,4	43,9	14,9	9,3
April.....	14,5	21,5	41,1	44,1	39,6	31,9	4,8	2,5
Mai	14,5	20,0	40,5	43,1	35,1	30,0	9,9	6,9
Juni.....	3,8	5,7	28,3	36,6	51,1	46,2	16,8	11,5
Juli	9,2	13,2	29,2	37,3	47,7	37,3	13,9	12,2
August ...	9,9	15,9	26,5	32,2	50,7	39,2	12,9	12,7
September	3,8	6,6	34,8	42,5	50,8	43,2	10,6	7,7
Oktober ..	4,7	5,3	25,0	31,8	50,8	47,8	19,5	15,1
November	3,0	7,5	15,0	25,3	54,2	49,4	27,8	17,8
Dezember .	—	—	6,9	8,9	48,5	64,0	44,6	27,1
1927 Januar ...	—	—	6,6	12,0	40,0	44,0	53,4	44,0
Februar ..	1,5	5,1	12,1	16,6	50,8	55,8	35,6	22,5
März.....	8,9	9,9	46,0	58,6	37,0	28,9	8,1	2,6
April	15,4	18,0	47,1	52,6	36,0	28,5	1,5	0,9

Im Durchschnitt entfallen auf einen Betrieb am Ende des Monats April (einschließlich der Lehrlinge) 38,8 beschäftigte Personen, gegen 35,1 am Schlusse des Vormonats. Aber auch die Zahl der Lehrlinge ist weiter gestiegen. Im März wurden in 123 Betrieben 670 Lehrlinge gezählt, für April wurden in 125 Betrieben 724 Lehrlinge ermittelt, so daß im Durchschnitt in jedem Betrieb 5,8 Lehrlinge gegen 5,5 im Vormonat ausgebildet werden. Da mit geringen Ausnahmen nur größere Betriebe von unserer Erhebung erfaßt werden, die Lehrlingsausbildung aber in der Regel in kleineren Betrieben besonders zu Hause ist, dürfte das Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Gehilfen wesentlich ungünstiger sein, und wir müssen erwarten, daß hier das in Vorbereitung befindliche Berufsausbildungsgesetz einen wirksamen Riegel vorschiebt.

Von 111 Betrieben wurden im Laufe des Monats 933 Gehilfen eingestellt und von 53 Betrieben wurden 216 Gehilfen entlassen. Zu bemängeln ist die lückenhafte Berichterstattung über die Leistung von Ueberstunden. Während von 4 Betrieben mit 186 Beschäftigten gemeldet wird, daß Ueberstunden regelmäßig gemacht werden, 4 weitere Betriebe von einer teilweisen Ueberarbeit zu berichten wissen und für 92 Betriebe mit 3239 Beschäftigten die Frage nach Ueberstunden verneint wird, glauben 36 Betriebe mit 1624 Beschäftigten dieser unangenehmen Angelegenheit dadurch auszuweichen, daß sie an Stelle einer klaren Beantwortung einen Strich machen. Mag dieser Strich in vielen Fällen auch „nein" bedeuten, so können wir uns bei der Bearbeitung der Fragebogen auf keine Vermutungen einlassen und müssen diese Fragebogen als mangelhaft ausscheiden. Das Organisationsverhältnis von 81,2 % der Beschäftigten zeigt, daß für die gegenwärtige Werbearbeit für den Verband noch ein weites Betätigungsfeld offen ist. Wenn immer 2 Kollegen zusammenarbeiten und der Organisation gemeinsam ein neues Mitglied zuführen, dürfte auch der letzte Berufsangehörige erfaßt sein. Die Konjunktur ist gut und wird noch besser werden. Schließt die Reihen, werbt für den Verband!

Die zehnte Internationale Arbeitskonferenz.

IAB. Die 10. Internationale Arbeitskonferenz wird am 25. Mai dieses Jahres in Genf eröffnet werden Auf der Tagesordnung stehen 3 Punkte: 1. Krankenversicherung, 2. Mindestlöhne, 3. Koalitionsfreiheit. Für die letzten beiden Punkte kommt zum ersten Male das Verfahren der sogenannten doppelten Verhandlung in Be Die erste Verhandlung gilt ausschließlich der allge Beratung des Gegenstandes, bei der die Delegierten die wichtigsten Grundsätze des zu schaffenden Ue kommens oder des Vorschlagsentwurfes entscheiden. aus der allgemeinen Beratung hervorgehende Entwu dann den Regierungen der Mitgliedstaaten zur St nahme zu. Auf diese Weise hofft man Uebereinku zustande zu bringen, die in ihrer Formulierung eine le Anpassung der nationalen Gesetzgebung an die inte nalen Grundsätze ermöglichen, und dadurch die Ratifi erleichtern. Erst nachdem die Konferenz ein zweites die betreffende Frage beraten hat, wird sie eine end Entscheidung treffen, das heißt, den Entwurf eines nationalen Uebereinkommens oder eines Vorschlag nehmen oder aber den Gegenstand vertagen oder ihn ab

Den Delegierten liegt als Grundlage der Ve lungen reichhaltiges Material vor. Das neue Ver der doppelten Beratung wird auf den ersten Pun Tagesordnung, die Krankenversicherung, nic gewendet, da über diese Frage bereits auf der Ko im Jahre 1925 die Vorverhandlung stattfand. Die gung der Konferenz wird deshalb nur über die An eines Uebereinkommensentwurfes oder eines Vor betreffend die Krankenversicherung zu entscheiden Ueber die zwei andern Punkte der Tagesordnung diesmal lediglich eine allgemeine Beratung statt.

Für die Beratung der Krankenversiche hat das Internationale Arbeitsamt einen 294 Seiten Bericht veröffentlicht, der die Antworten der Regie auf den Fragebogen des Internationalen Arbeitsam hält und eine Uebersicht über den Stand der Kr versicherung in den verschiedenen Ländern gibt. In hang dieses Berichts sind 2 Vorentwürfe zu einem nationalen Uebereinkommen und 1 Vorentwurf zu internationalen Vorschlag enthalten. Ferner liegt Bericht vor über die Methoden zur Festse der Mindestlöhne (178 Seiten) und über das litionsrecht (148 Seiten). Diese beider Berichte die Grundlage für die Vorbereitung dieser Frage enthalten in ihrem Anhang die Vorentwürfe für ein die Regierungen zu sendenden Fragebogen, betrefe Schaffung internationaler Uebereinkommen über die Festsetzung von Mindestlöhnen beziehungsweise das Koalitionsrecht. Ferner liegt wieder wie alljährlich der des Direktors des Internationalen Arbeitsamts vo diesmal zum ersten Male auch in deutscher Sp erscheint. Dieses Werk gibt eine Uebersicht über den der internationalen Sozialpolitik und die Tätigke Internationalen Arbeitsamts. Der Bericht ist so ständig, daß er das beste Jahrbuch der internati Sozialpolitik darstellt.

Ein Bild von den Erfolgen und Leistungen der nationalen Arbeitsorganisation gibt nachstehende Ue über die Zahl der von den Internationalen Arbeits renzen angenommenen Uebereinkommen und die Ja erzielten Ratifikationen:

Internationale Arbeitskonferenzen in Genf	Zahl der vorhand. Uebereinkommen	Zahl der Ratifikation
1921, dritte	10	30 Okt.
1922, vierte	17	51 Okt.
1923, fünfte	17	86 Okt.
1924, sechste	17	96 Mai
1925, siebte	21	146 Mai
1926, achte	22	194 Mai
1926, neunte	22	
1927, zehnte	24	225 Mai

Diese Ratifikationen erstrecken sich auf 33 Die stets wachsende Zahl der Ratifikationen tri

Es lebe die Solidarität . . .!

Eine Jubiläumsbetrachtung (1327—1927).

Von Jakob Börgartz.

In früheren gesellschaftlichen Perioden mochte das Unglück größerer Bevölkerungskreise unabwendbar gewesen sein, in unserer heutigen erkenntnisreichen Zeit, wo die Grundübel allen sozialen und kulturellen Elends selbst von dem einfachsten Mann erkannt und wissenschaftlich erwiesen sind, sollte das bestimmt möglich sein. Welche ungeheure Bereicherung würde die menschliche Kultur erfahren, wenn auch die Masse des Arbeitsvolkes ohne materielles Elend leben könnte! So alt wie die Not durch wirtschaftliche Unterdrückung der Schwachen, so alt ist auch ihr Kampf gegen diese. Im 5. und 6. Jahrhundert führten erstere in Rom und Griechenland zur Auflehnung der damals noch unfreien Arbeiter gegen die Arbeitgeber und die Regierungen. Durch das schnelle Wachstum der Bevölkerung konnte nicht allen arbeitsfähigen Männern Arbeit gegeben werden. Hinzu kam die gleichzeitige Proletarisierung des Bauernstandes durch die Einführung des Leibkapitals und der zunehmenden Verwendung der Sklaven in gewerblichen Betrieben. Die Arbeitslosigkeit schwoll an und erfaßte zeitweise 50 % der Arbeiter und Gesellen. Mangels jeglicher Organisation und jeder Stoßkraft von Dauer konnte das Aufbegehren der Arbeiter von den damaligen Ordnungsgewalten niedergeschlagen werden. Drakonische Strafen: Köpfen, Rädern und Folterung waren die Mittel. Diese impulsiven, aus furchtbarer Not und einer barbarischen Behandlung resultierenden „wilden" Streiks oder Ausstände lassen sich bis ins 15. Jahrhundert verfolgen. Erst von da an datieren organisatorisch vorbereitete Streiks. Mit dem Aufkommen des kapitalistischen Betriebes in den Zünften und der dadurch bedingten sozialen Kluft zwischen Meister und Gesellen setzten rein wirtschaftliche Kämpfe zwischen diesen ein. Mißbrauch der Gewalt des Meisters, Anwendung des Trucksystems, der Beschränkung der Freizeit und übermäßige Lehrlingshaltung erzeugten bei den Gesellen und Arbeitern Verbitterung und Gärung, da diese Maßnahmen der Unternehmer die Arbeitsgelegenheiten verschlechterten und die Arbeitslosigkeit verewigten. Man sieht, daß wie heute so auch damals alles Elend in denselben kapitalistischen Gepflogenheiten begründet war. Im Jahre 1327 traten die Gürtlergesellen von Breslau, die in der Gürtlergenossenschaft vereinigt waren, und nachdem Verhandlungen mit den Meistern erfolglos geblieben waren, erstmalig geschlossen in den Streik. Es handelte sich bei diesem Kampf um die Erreichung besserer Unterkunftsverhältnisse. Er wurde nach 4 Tagen mit einem vollen Erfolg für die Gesellen beendet. Naturnotwendig erhielt der Streikgedanke durch den Erfolg der Gürtler einen mächtigen Impuls. In Ansbach streikten noch im selben Jahre die Schmiede, in Nürnberg die Schuhmacher und in Lissa die Tuchknappen. Den Weg, den die organisierte Solidarität im Laufe von sechs Jahrhunderten gemacht hat, ist ein sehr wechselvoller. Lange Jahre wurde er verboten, in Deutschland gab es 1549 ein Verbot aller Koalitionen. In England und Frankreich wurde er 1791 durch Gesetz untersagt. Vergeblich. In diesem Jahre aber sind es 600 Jahre, daß sich der erste organisierte Streik durchsetzte.

Es lebe die Solidarität!

Körperschönheit.

Von Fritz Hansen, Berlin-Lankwitz.

Die Streitfrage: „Was ist Schönheit?" ist von den zünftigen Aesthetikern niemals widerspruchsvoller behandelt worden, als wenn es sich um die Sonderfrage handelte: „Was ist Frauenschönheit?" Viele huldigen der Ansicht, daß dies lediglich Geschmackssache wäre. Mag das auch in speziellen Fällen richtig sein — ganz abgesehen von der Tatsache, daß guter Geschmack auch erst herangebildet werden muß — so ist es doch nötig, hervorzuheben, daß es gewisse Gesetze gibt, nach denen man die Schönheit beurteilt. So wird als Grundlage der Schönheit des menschlichen Körpers Proportionalität anerkannt, ja, man ging nicht se weit, ganz besondere Proportionen als notwendig zeichnen, wenn Schönheit zustande kommen soll.

Schon die alten Griechen hatten einige Muster die bis in die kleinsten Einzelheiten nach den vom für richtig angesehenen Proportionen gearbeitet wa lange Zeit hindurch den Künstlern als Richtschnur und selbst in neuerer Zeit wiederholen sich die V absolute Porportionen aufzustellen. Dies muß a Notwendigkeit zu den größten Irrtümern führen, un sehr möglich, daß ein häufig wiederkehrender Fehler der Antike auf das Bestreben zurückzuführ die vermeintlich absolut schönen Proportionen stets wendung zu bringen. F. Merkel hat in einer eing Arbeit über dies Thema den Beweis geführt, daß di portionen verschieden großer Menschen ganz verschied müssen, und daß es ein großer Fehler sein würde, we glauben wollte, daß ein für alle Fälle richtiges Mi für die einzelnen Teile eines wohlgebildeten Körpe gestellt werden könne.

Unterziehen wir die für die Ausprägung der S wichtigsten Teile einer gesonderten, für unsere passenden Betrachtung, dann ist natürlich der Kop erste Reihe zu stellen. Seine Formen sind ganz u verschieden, so mannigfaltig, daß sie einer wissensch Disziplin, der Craniologie, Stoff genug zu vielseitig schäftigung liefern. Trotzdem ist es doch nicht aus nach der schönsten Form zu suchen und man kann bei Betrachtung des Hirnschädels sehen, wie sehr Schönheitssinn liebt, den Extremen aus dem Wege und auf der Mittelstraße zu bleiben, eine Tatsache, immer wieder entgegentreten wird.

Mit dem Gesicht ist es wie mit dem Hirnschäd bei ihm verlangt das Gefühl die strikte Einhaltu Mitte. Es wird nicht angehen, wenn das Gesich ganzen Stellung nach zurücktritt und noch viel wenn es schnauzenartig vorspringt. Seine vordere

des neugewonnene Mitglied erhöht die Kraft der Organisation!

in Erscheinung, wenn man berücksichtigt, daß auf 6. und 7. Internationalen Arbeitskonferenz (Genf 923 und 1924) neue internationale Uebereinkommen schaffen wurden.

ner ist zu berücksichtigen, daß in der Zahl der nkommen das bereits auf der Berner Konferenz ß angenommene Uebereinkommen über das Verbot rwendung von weißem (gelbem) Phosphor in der zfabrikation enthalten ist. Dagegen sind in der r Ratifikationen diejenigen dieses Uebereinkom- urch die Mitgliedstaaten der Internationalen Ar- anisation nicht enthalten. Wenn man die Ratifi- en dieses Uebereinkommens mit berücksichtigt, er- die Zahl der ratifizierten Uebereinkommen um 252.

Uebersicht zeigt in anschaulicher Weise, daß der ionale sozialpolitische Fortschritt durch die Inter- e Arbeitsorganisation eine wesentliche Förderung hat und sich einer steigenden Anteilnahme der itischen Oeffentlichkeit der Welt erfreut.

nlagerung in der Farbenindustrie der Welt.

der Farbenindustrie ist gegenüber der Vorkriegszeit ltwirtschaftliche Neugruppierung und Umlagerung Ausmaße wie wohl in keinem andern Industrie- ngetreten. Das Teerfarbenmonopol der deutschen e, die in der Vorkriegszeit rund drei Viertel des arfs an künstlichen Farbstoffen deckte, mit den produkten zu zirka 50 % den Weltmarkt belieferte, Aufbau eigener synthetischer Farbstoffindustrien, m in England, Frankreich, Italien, den Ver- Staaten und Japan, die heute bereits 80 bis 90 % enen Inlandsbedarfs selbst decken, zum Teil bereits Export beteiligen, ganz bedeutend geschmälert wor- einer für die Weltwirtschaftskonferenz gruppe Chemie des Reichsverbandes der deutschen ausgearbeiteten Denkschrift wird diese welt- tliche Verschiebung innerhalb der Farbenherstel- h zahlenmäßig entwickelt. Der starke Ausbau der nduſtrie, der infolge der Absperrung in den Kriegs- n vielen Ländern nötig und in der Nachkrigszeit n Mitteln künstlich weiter gezüchtet wurde, wird folgenden Tabelle ersichtlich:

Weltfarbenproduktion.

	1913 in 1000 Tonnen	v. H. der Welt-produkt.	1924 in 1000 Tonnen	v. H. der Welt-produkt.	v. H. der Ka-pazität	Export in 1000 Tonnen 1913	Export in 1000 Tonnen 1925/26
nd	127	82	72	46	45	110	59,7*
sl.							
en	10	6	—	—	—	—	—
..	3	2	31	20	57	—	11,6
..	5	3	19	12	79	—	5,3
..	10	6	10	6	77	9	7
ch	2	1	15	9	78	—	—
..	—	—	5	3	80	—	—
..	—	—	6	4	67	—	—
	157	100	158	100	56	119	83,6

genmäßig ist die Gesamtproduktion annähernd gleich . Der Wert der Farben-Weltproduktion wird enkschrift gegenüber 350 Millionen im letzten Vor- strie für 1924 auf zirka 18 Milliarden geschätzt htigt man nun, daß der Gesamtwert der chemischen strie für 1924 auf zirka 10 Milliarden geschätzt ergibt sich ein Wertanteil von noch nicht 4 % der in der gesamten chemischen Industrie

6: 67,2 (die Nachkriegszahlen enthalten Teerfarben und ineralfarben).

der Welt hergestellten Werte (also Düngemittel, Schwer- und Feinchemikalien und anderes) in Relation zu dem Produktionswert der Textilindustrie, die ja für die Farbstoffe den Hauptabnehmer bildet, weniger als 1 % des derzeitigen Herstellungswertes der Welttextilfabrikation. Die enormen Aufwendungen, die die Regierungen der neuen Produzentenländer für die Entwicklung ihrer Farbstoffindustrien machten, stehen im größten Mißverhältnis zu diesem relativ niedrigen Produktionswert der Farbstoffindustrie sowie der beschränkten Aufnahmefähigkeit des Weltfarbenmarktes und lassen sich nur aus dem Streben nach Eigenversorgung des Inlandsbedarfs und völliger Unabhängigkeit vom ausländischen Farbstoffbezug erklären. Als Resultat dieser Neuschöpfungen ergibt sich nach den Schätzungen der Denkschrift eine erschreckende Ueberinvestition, so daß die Gesamtanlagen der Farbstoffwerke im Jahre 1924 nur mit durchschnittlich 56 % ihrer Kapazität arbeiten konnten. Nach den vorliegenden neueren Zahlen ist die Produktion, die im Jahre 1924, speziell in Amerika, ganz scharf eingeschränkt werden mußte, in den folgenden Jahren nicht unerheblich gestiegen; in Amerika von 31 000 t im Jahre 1924 auf 38 500 t im Jahre 1925, also um zirka 25 %, in Deutschland von zirka 72 000 t im Jahre 1924 auf zirka 82 000 t im vergangenen Jahre, also um zirka 15 %, so daß die Ausnutzung der Kapazität sich gegenüber dem Tiefstand von 1924 gehoben haben dürfte. Der deutsche Export hat in den Nachkriegsjahren bereits wieder viel von dem verlorenen Boden gewonnen. Der gesamte Export an Farbstoffen (Teerfarben und Mineralfarben) betrug 1926 bereits wieder 67 000 t gegenüber 59,6 im Jahre 1925 und 41 500 t im Jahre 1924; wertmäßig ist das Ergebnis durch die gestiegenen Farbstoffpreise noch günstiger. Die neuen Produzentenländer, die mit Subventionen und Prämien ihre Industrie aufbauten und unter undurchdringlichen Einfuhrverboten und Schutzzöllen (England zirka 33⅓ %, Amerika zirka 40 bis 45 % vom Wert der eingeführten Farben) ihren einheimischen Markt schützen, haben sich im wesentlichen nur auf den Massenabsatz wenig gangbarer Farbstoffe eingestellt, so daß der zusätzliche Bedarf an den nicht aus der Inlandproduktion verfügbaren differenzierteren Farben von Deutschland und der Schweiz noch immer gedeckt werden muß. Der ostasiatische Markt ist natürlich durch die japanische und amerikanische Konkurrenz für den deutschen Export nicht mehr in dem Maße aufnahmefähig wie in der Vorkriegszeit: Der Export nach Britisch-Indien, China und Japan betrug 1913 zirka 40 000 t, 1926 erst zirka 20 000 t, jedoch hat Deutschland in diesem Gebiet wieder die stärkste Position und wird mit der zunehmenden Entwicklung dieser Länder seinen Export noch weiter entwickeln können. Von den europäischen Ländern sind Rußland, die Tschechoslowakei und die Niederlande die besten Abnehmer. Die noch immer überragende Stellung Deutschlands auf dem Weltfarbenmarkt kann man aus folgender Berechnung erkennen. Der Gesamtfarbenbedarf betrug nach einer englischen Schätzung im Jahre 1925 156 000 t, die sich wie folgt verteilten:

Produzentenländer:

Vereinigte Staaten	29 000 t	
England	18 000 t	
Japan, Italien Frankreich	34 000 t	(14 800 und 12 000)
Deutschland	15 000 t	
Schweiz	1 000 t	
die übrigen Länder	59 000 t	

Es ergibt sich also ein Gesamtbedarf von zirka 59 000 t für die nicht selbst produzierenden Wirtschaftsländer, der zu mehr als 75 % von Deutschland gedeckt wird.

Die große Ueberkapitalisation hat in fast allen großen Produzentenländern zu einem Zusammenschluß der Farbstoffindustrie geführt, in Deutschland in der J.-G.-Farbenindustrie A.-G., in England in den British Dyestuff, im Rahmen des großen englischen Chemietrusts, in Amerika und Frankreich in je zwei großen Konzernbildungen, die die gesamte Farbenproduktion beherrschen. Diese großen Trusts sind in der Lage, das durch die gewaltige Ausdehnung der Produktionsanlagen drohende Ueberangebot zu regulieren. Es bestehen auch bereits Ansätze zu einer internationalen Zusammenarbeit, speziell durch die Abmachungen zwischen der deutschen und französischen Farbstoffindustrie; auch mit der englischen schweben schon seit längerer Zeit Verhandlungen. Eine volle Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten würde selbst bei einer vollkommenen internationalen Aufteilung der Märkte nicht möglich sein, da die Produktionskapazität in der Nachkriegszeit weit über die Gesamtaufnahmefähigkeit ausgedehnt wurde. Auch für Deutschland wird eine volle Entfaltung der Farbstoffindustrie infolge der Neugruppierung nicht mehr zu erreichen sein, jedoch wird dieser Verlust der chemischen Industrie durch die großen Ausdehnungsmöglichkeiten auf den neuen chemischen Produktionsgebieten, speziell der synthetischen Düngemittelindustrie, der Kunstseidenfabrikation sowie vielleicht auch dem neuen eben entdeckten Gebiet der Kohlenverflüssigung reichlich wett gemacht. Die große Bedeutung dieser Produktionszweige und die großen Gewinnmöglichkeiten in diesen neuen Gebieten werden am deutlichsten klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nach einer Schätzung die J.-G.-„Farben"-Industrie, die die gesamte deutsche Farbstoffabrikation umfaßt und nach diesem Produktionszweig ja auch firmiert, von dem Gesamtwert ihrer Anlagen zwar noch 20 bis 30 % in der eigentlichen Farbenproduktion investiert hat, deren Umsätze jedoch nur noch 10 % und deren Ertrag nur noch 5 % des gesamten Warenverkehrs respektive Gesamtertrags bilden.

Die Frauenarbeit in Deutschland und in andern Ländern.

Die Ergebnisse der Volkszählung im Jahre 1925 haben einen Ueberschuß der weiblichen Bevölkerung stark hervortreten lassen. Im heutigen Deutschen Reich (ohne Saargebiet) betrug nach der letzten Volkszählung die Gesamteinwohnerzahl 62 474 872. Davon waren männliche Einwohner 30 169 973 und weibliche 32 304 899. Auf 1000 männliche Einwohner kommen mithin 1071 weibliche Personen. Dieses Mißverhältnis ist bekanntlich aus dem stärkeren Verlust der Männer im Kriege zu erklären. In den übrigen Ländern Europas ergeben sich ähnliche Verhältnisse. In Amerika sind allerdings die Frauen in der Minderzahl. Dies tritt auch in der gewerblichen Beschäftigung der weiblichen Personen zutage. In Deutschland gab es im Jahre 1920 bei einer Bevölkerung von 60 Millionen rund 9,5 Millionen erwerbstätige Frauen, in Groß-Britannien bei einer Bevölkerung von 40 Millionen rund 6,5 Millionen und in den Vereinigten Staaten bei einer Bevölkerung von 110 Millionen 8,55 Millionen erwerbstätige weibliche Arbeiter. Der sechste Teil der Bevölkerung besteht in Deutschland und England aus erwerbstätigen Frauen und Mädchen, in den Vereinigten Staaten dagegen nur der vierzehnte Teil. Das sind krasse Unterschiede, die die Not hier und den Ueberfluß dort stark hervortreten lassen. Daß der sechste Teil der weiblichen Bevölkerung nach Verdienst gehen muß, ist ein Zustand, der nicht nach hoher Kultur aussieht.

Es ist des Menschen unwürdig, eine Aufgabe zu übernehmen und sie dann aufzugeben, wenn der Höhepunkt der Schlacht bevorsteht. Es gibt nur einen Weg, und der ist: Vorwärts!

Fridtjof Nansen.

---

e muß bei ruhiger und ungezwungener Kopfhal- de im rechten Winkel zur Horizontale stehen.

einem Blick auf die einzelnen Teile des Gesichts man, welche unbedeutenden Kleinigkeiten oft aus- nd sind. Und wir dürfen annehmen, daß jeder- schwister kennt, die sich zwar durchaus ähnlich n welchen aber das eine schön, das andere häßlich nge Unterschiede in der Biegung der Nasenknorpel, ung der Brauen, können die auffallendsten Unter- dingen. In erster Linie ist Form und Stellung der ffneten Augenspalte in Betracht zu ziehen, um so hierin recht bedeutende Verschiedenheiten zu be- sind. Die Augenspalte darf nur dann als schön werden, wenn sie zu dem in ihr sichtbaren Augen- ganz bestimmtem Verhältnis steht. Dieser Augen- vom oberen Lide eben gestreift werden, man darf rsten Umfang nicht sehen; das untere Lid dagegen en Augenstern nicht, sondern läßt unter ihm noch Millimeter vom Weißen frei. Augen, die für ge- so weit geöffnet sind, daß auch oben vom Weißen s sichtbar wird, und solche, die so stark zugekniffen aß weder oben noch unten das Weiße zum Vor- mmt, entsprechen nicht den Anforderungen der Was die Stellung der Augen anlangt, so fallen nge Abweichungen von der Horizontalen auf; ja, uns eine schiefe Lage vorgetäuscht werden, die nd Photographen zu Irrtümern veranlaßt. Die hlitzten Augen der Mongolen stehen in Wirklich- rade wie die unsrigen, und es ist nur eine ab- Hautfalte am Nasenende der Augenspalte, die das ge Aussehen bedingt.

chönste Form der Brauen ist die halbkreisförmige; Lage anbetrifft, so sollen sie vom Nasenende an zur Mitte genau auf dem leicht fühlbaren knöcher- der Augenhöhle liegen, sich dann etwas über den- eben und zuletzt wieder mit ihm zusammentreffen. e Brauen in der Mitte über der Nase zusammen- ist dies ebenso wenig schön, als wenn die Brauen en oder sich sehr schwach entwickelt haben.

Ueber die Nase mit kurzen Worten etwas auch nur einigermaßen Orientierendes zu sagen, ist unmöglich. Sie ist, wie bekannt, der wesentlichste Träger der Individualität und kann wesentlich verschieden gebildet sein, ohne dadurch schön oder häßlich zu werden. Schon die gewöhnliche Einteilung der Nasen in griechische und römische, beweist, daß man darauf verzichtet, eine allgemein gültige Schönheitsform aufzustellen; es ist nur nötig, daß die Nase eine maßvolle Entwicklung zeigt und Linien, die nicht zu sehr von der geraden abweichen. Dies gilt besonders von der Linie des Nasenrückens, welche durch die konvexe Form zwar etwas charaktervolles erhalten kann, bei konkaver Gestalt aber weder für charaktervoll noch für schön gilt. Die beiden Ohren sollen in gleicher Horizontalhöhe mit der Nase stehen; eine nähere Bezeichnung ihrer Stellung hinzuzufügen, ist für unsere Zwecke der Betrachtung und Nachbildung des Lebenden unnötig. Anders als mit der Höhe, in welcher die Ohren stehen, ist es mit ihrer Einpflanzung am Kopfe wie mit ihrer Größe. Die Größe der Ohren unterliegt erheblichen individuellen Schwankungen, ebenso wie ihre Form, und wer sich der Mühe unterzieht, einmal der Betrachtung der Ohren seine Aufmerksamkeit zuzuwenden, der wird sich wundern, wie fein die Unterschiede sind. Jedenfalls dürfen sie nicht länger sein als die Nase und müssen einen deutlich umgekrempten Rand sowie ein freies, nicht angewachsenes Ohrläppchen zeigen. Die Lage der geschlossenen Mundfalte ist im Verhältnis zum ganzen Untergesicht keine völlig stetige. Sie wechselt mit den Jahren, bei kleineren Kindern, wo besonders der Unterkiefer noch ungemein schwach entwickelt ist, zeigt sich die Entfernung von dem unteren Umfang der Nase bis zum Mund ungefähr ebenso groß wie von da bis zum Kinn. Dieses Verhältnis bleibt aber ganz kurze Zeit, indem sich der Unterkiefer immer mehr ausbildet. Beim Erwachsenen ist die Mundspalte so weit in die Höhe gerückt, daß sie an der Grenze zwischen dem oberen und mittleren von den drei Dritteln steht, in welche man den Raum zwischen Nase und Kinn einteilen kann. Bei großen Personen steht sie noch etwas höher. Bei einem edelgeformten Mund wird ferner die gerade Querlinie der geschlossenen Spalte durch ein deutliches Höckerchen unterbrochen, welches in der Mitte der Oberlippe liegt.

Die Seitenteile des Gesichts und seine Begrenzungslinie in der Ansicht von vorn, stehen vollkommen unter dem Einfluß des Kauapparates. Er erstreckt sich mit seinen Muskeln von den Schläfen aus bis zum Winkel des Unterkiefers, und sind dieselben stark entwickelt, dann ist auch das in ihrem Bereiche gelegene Wangenbein gezwungen, sich höher zu wölben und breiter auszuladen, ebenso wie die seitlichen Teile des Unterkiefers kräftig gebaut sein müssen. Dies alles bewirkt, daß das Gesicht etwas Quadratisches bekommt, anstatt das schöne Oval klassischer Bildung zu zeigen.

Bei einem Blick auf den Rumpf überrascht die Tatsache, daß die Länge der Halswirbelsäule, das heißt, also der stabilen Grundlage des Halses, nur unbedeutenden individuellen und geschlechtlichen Schwankungen unterworfen ist, wenn man bedenkt, wie sehr verschiedene Hälse man sieht, und wie der weibliche Hals — falls er schön sein soll — entschieden länger sein muß als der gedrungene männliche. Der scheinbare Widerspruch löst sich aber bei der Erwägung, daß die weibliche Halsgegend, der geringen Ausbildung des Kehlkopfes und der Muskulatur wegen, erheblich schlanker wird, daß auch der Wuchs der Frauen durchschnittlich kleiner ist als der männliche, wodurch bei absolut gleichen Maßen der Hals des Weibes relativ länger sein muß als der des Mannes.

Zur weiblichen Schönheit gehören notwendig abfallende Schultern, ebenso wie zur männlichen die breit ausladenden. Ist das umgekehrte der Fall, dann werden die Formen unschön; man vergegenwärtige sich nur, welch robusten und wenig anziehenden Eindruck breite Schultern und ein kurzer Hals bei einem weiblichen Wesen machen, wie schmächtig und kraftlos dagegen ein Mann mit fliehenden Schultern und schmaler Brust erscheint.

Aus diesen wenigen Darlegungen dürfte schon ersichtlich sein, welch großen Nutzen das Studium der Aesthetik bringen kann, wie sehr ihre Kenntnis dazu beitragen muß, den Schönheitssinn zu heben.

Anträge an die 20. ordentliche Generalversammlung.

Den Antragstellern zur Information, daß Anträge, die in verschiedenen Worten dasselbe fordern, zusammengezogen worden sind. In diesen Fällen wurden den Anträgen die verschiedenen Filialen vorgesetzt. Alle Erläuterungen und Begründungen sind, wie schon in unserer Bekanntmachung über die Zusendung von Anträgen bemerkt, weggelassen worden.

Zu den Verbandssatzungen.

§ 1. Umfang und Zweck des Verbandes.

Leipzig. Sämtliche Versicherungseinrichtungen sind aufzuheben. Die Streik- und Maßregelungsunterstützung ist entsprechend zu erhöhen.

Frankfurt a. M. Zur Unterstützung der infolge Invalidität oder Alters erwerbsunfähig gewordenen Mitglieder ist eine Invaliden- und Altersunterstützung einzuführen. Die Gewährung der Unterstützung ist von der Dauer der Mitgliedschaft abhängig. Die hierfür benötigten Mittel sind auf den Verbandsbeitrag obligatorisch umzulegen.

Mainz, Rostock, Görlitz, Neustrelitz, Wilhelmshaven, Dessau. Der Verbandstag möge den Hauptvorstand beauftragen, eine Vorlage zur Einführung einer Alters-Invalidenunterstützung auszuarbeiten, sodann der Mitgliedschaft zur Beratung und Urabstimmung zu unterbreiten

Friedberg. Der Verbandstag wolle beschließen, eine Invalidenversicherung einzuführen.

Hamburg. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, bis zur nächstfolgenden Generalversammlung eine Vorlage auszuarbeiten und der Kollegenschaft zu unterbreiten, die eine Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisen-Unterstützungskasse für die Verbandsmitglieder bezweckt.

Kassel. Unsern invaliden Kollegen ist nach einer zehnjährigen Mitgliedschaft und Leistung von 520 Pflichtbeiträgen und mehr neben der statutarischen Sterbeunterstützung eine weitere Unterstützungsmöglichkeit im Verbande einzuräumen. Der Vorstand möge zur kommenden Generalversammlung eine derartige Vorlage ausarbeiten.

Riesky. Die Unterstützungssätze des Metallarbeiterverbandes sind auch für unsern Verband einzuführen.

§ 2. Beitritt und Uebertritt.

Wiesbaden. Ziffer 2 soll lauten: Das Eintrittsgeld beträgt einen Wochenbeitrag der Höchstklasse in der Filiale. Bei wiederholten Eintritten bleibt es der Filiale überlassen, das Eintrittsgeld entsprechend zu erhöhen. Lehrlinge sind vom Eintrittsgeld befreit.

Wiesbaden. In Ziffer 4 ist hinter die Worte „in Anrechnung gebracht" zu setzen: „Denjenigen, die früher schon einmal Mitglied unseres Verbandes waren und durch besondere Verhältnisse gezwungen wurden, einer andern Organisation anzugehören, die nicht im Gegenseitigkeitsverhältnis zu dem Verbande steht, kann die frühere Mitgliedschaft beim Uebertritt angerechnet werden."

Kassel. Für Kollegen, die sich systematisch immer wieder neu aufnehmen lassen, ist eine höhere Aufnahmegebühr festzusetzen.

Vorstand. Der Ziffer 5 anfügen: Der Anspruch auf Unterstützungen beginnt erst nach Verlauf der Karenzzeit. (Siehe § 15 Ziffer 4.)

§ 3. Austritt, Ausschluß und Abmeldung.

Bremen. In Ziffer 14, 2. Satz, anstatt „können" soll „müssen" gesetzt werden.

§ 4. Filialverwaltung.

Magdeburg. Ziffer 5, 2. Zeile: Das Wort „müssen" ist durch „können" zu ersetzen.

Vorstand. In Ziffer 8 ist im ersten Satz das Wort „größeren" durch „den" zu ersetzen.

Leipzig. Ziffer 11 erhält folgende Fassung: „Die Verwaltungsmitglieder, einschließlich der Filialangestellten, sind jedes Jahr in einer Generalversammlung, die nicht nach dem 1. März stattfinden soll, neu zu wählen."

§ 5. Geschäftsführung in den Filialen.

Elberfeld. In Ziffer 1 soll es statt 500 Mitglieder 400 heißen.

Bremen. In Ziffer 7 ist der Satz „Je nach dem Ergebnis kann der Verbandsvorstand eine weitere Abstimmung anordnen" zu streichen.

§ 6. Bezirkseinteilung und Bezirksleitung.

Berlin. Es hat eine Neueinteilung der Bezirke stattzufinden.

Ziffer 2 erhält folgende Fassung: Die Führung der Bezirksgeschäfte erfolgt nach den Verbandstagsbeschlüssen. Die Bezirksleitung besteht aus dem Bezirksleiter und der aus 5 Mitgliedern bestehenden Agitationskommission. Die Bezirksleitung wählt aus ihrer Mitte für den Bezirksleiter einen Stellvertreter sowie einen Schriftführer und 2 Revisoren Allmonatlich tritt die Bezirksleitung zur Beratung der Bezirksvorgänge zusammen. Ueber diese Sitzungen ist Protokoll zu führen.

In Ziffer 3 ist hinter Vorstand „Agitationskommission" einzufügen.

Vorstand. Der Ziffer 3 wird angefügt: „Die Gewählten unterliegen der Bestätigung durch den Verbandsvorstand."

Stralsund. Der 1. Bezirk ist neben dem ersten Bezirksleiter mit einem zweiten Bezirksleiter zu besetzen.

Der Verbandstag wolle die Aufteilung des Bezirks I in Unterbezirke nach dem Schema der Wahlbezirke für die Verbandstage beschließen. Die Großstädte im Bezirk, die einen Wahlkreis für sich bilden, müßten im Unterbezirk mit einbegriffen sein und als Zentrale des jeweiligen Unterbezirks bestimmt werden. Der Unterbezirk selbst setzt sich zusammen aus den einzelnen Filialen. Mindestens einmal im Jahre müssen die Vertreter aus den Filialen in einer Unterbezirkskonferenz zusammenkommen. Mindestens alle 2 Jahre kommen die Unterbezirke in einer Bezirkskonferenz zusammen. Die Delegationskosten zu den Konferenzen haben die Filialen zu tragen. Die Aufgaben der Unterbezirke sind in einem Bezirksstatut festzulegen, das den Verbandssatzungen angepaßt sein muß.

Leipzig. Ziffer 3 erhält folgende Fassung: Die Bezirksleiter sind in ihrem Bezirk auf einer alljährlich einzuberufenden Bezirkskonferenz zu wählen.

In Ziffer 4 sind die Worte „unter Zustimmung des Verbandsvorstandes" zu streichen.

Bremen. Ziffer 4, erster Satz soll heißen: Die Bezirksleitung hat die Pflicht, alljährlich für den Bereich des Bezirks... usw.

§ 8. Verbandsbeirat.

Bremen. Ist zu streichen.

Leipzig. Der Verbandsbeirat ist aufzulösen. Ueber alle wichtigen Fragen und Entscheidungen ist eine Urabstimmung durch die Mitglieder vorzunehmen.

§ 9. Verbandsausschuß.

Berlin. Der Sitz des Verbandsausschusses wird nach Berlin verlegt.

§ 10. Generalversammlung.

München, Bremen. Ziffer 1: Die Generalversammlungen des Verbandes finden alle 3 Jahre statt.

Dortmund. Ziffer 3, zweiter Satz, ist dahin zu ändern, daß auf 600 Mitglieder 2 Delegierte entfallen.

Magdeburg. Ziffer 3: Auf 300 Mitglieder kommt ein Delegierter, auf 750 Mitglieder 2 Delegierte, auf weitere 750 Mitglieder 1 Delegierter mehr.

Bremen. Ziffer 3: Auf 300 Mitglieder kommt 1 Delegierter, auf jede weiteren 400. Mitglieder 1 Delegierter mehr

Dresden. In Ziffer 3 werden die Worte „durch die auch Urwahlen zulässig sein müssen" gestrichen. Dafür ist zu setzen: Die Wahlen finden in einer Mitgliederversammlung statt.

Bremen. (Wahlordnung): Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt in einer Mitgliederversammlung durch Stimmzettel. Die Wahl der Delegierten erfolgt in einer zweiten Mitgliederversammlung ebenfalls in geheimer Wahl.

Leipzig. Ziffer 4: Auf der Generalversammlung haben Verbandsbeamte nur beratende Stimme.

§ 12. Verbandsorgan.

Magdeburg. Ziffer 1, hinter das Wort „Maler" einschalten: Erscheint vierzehntägig, dann sechs- oder achtseitig.

§ 15. Beitrag.

Vorstand. In Ziffer 1 Absatz 3 ist für 15 ₰, „20 ₰" zu setzen.

Vorstand. Der letzte Satz in Ziffer 2 soll lauten: „Der Beitrag beträgt 20 ₰; davon erhält die Hauptkasse 10 ₰."

Vorstand. In Ziffer 4 wird die Zahl „13" vor Wochenbeiträgen durch „26" ersetzt.

Elberfeld. Ziffer 2, letzter Satz, soll heißen: Der Beitrag beträgt 15 ₰, davon erhält die Hauptkasse 5 ₰.

Dortmund. Der Wochenbeitrag beträgt einen Stundenlohn einschließlich Lokalzuschlag.

§ 16. Beitragsbefreiung.

Vorstand, Dresden. Ziffer 1a und b. Bei a wird hinter „arbeitslos" angefügt: „und nicht unterstützungsberechtigt". — Bei b wird hinter „krank" angefügt: „und nicht unterstützungsberechtigt".

Bremerhaven. Ziffer 1: „Mitgliedern, die bei der Reichswehr, Reichsmarine, Schutz- oder Sicherheitspolizei Dienst getan haben, kann, wenn sie innerhalb 4 Wochen nach dem Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis beim Vorstand einen Antrag stellen, die frühere Mitgliedschaft gutgeschrieben werden."

Bremerhaven, Braunschweig. Der Absatz d ist zu streichen.

Bremerhaven. Ziffer 2 hinzufügen: „Militärdienstzeit vom Kriegsbeginn bis zur Beendigung der Demobilmachung wird voll als Beitragszeit angerechnet."

§ 18. Streikunterstützung.

Braunschweig. Ziffer 4: „Während eines Streiks werden von den Streikenden keine Beiträge erhoben."

Leipzig. Ziffer 4: „Während der Zahlung von Streik- oder Maßregelungsunterstützung ist es jedem Mitglied freigestellt, den Voll- oder Erwerbslosenbeitrag zu bezahlen. Mitglieder, die weniger als ein Jahr der Organisation angehören, müssen den vollen Beitrag entrichten."

Dresden. Der Ziffer 5 wird bei dem zuletzt in Klammern stehenden Satz angefügt: hinter Ziffer 10 „und 14".

Braunschweig. Ziffer 5: Die Unterstützungssätze sind um mindestens 20 % zu erhöhen.

Zwickau. Ziffer 5 soll folgende Fassung erhalten: „In außergewöhnlichen Fällen, bei unvermeidlichen Abwehrstreiks und Aussperrungen ist der Hauptvorstand berechtigt, Unterstützung auch an solche Mitglieder zu gewähren, die nur 13 Wochen dem Verband angehören und 13 Wochenbeiträge geleistet haben."

Breslau. In Ziffer 6 ist 20 ₰ durch 40 ₰ zu ersetzen.

§ 19. Familienunterstützung bei Streiks.

Magdeburg. In Ziffer 1 ist statt 3 ℳ 6 ℳ zu setzen.

§ 21. Unterstützung bei Maßregelung.

Vorstand. In der Ziffer 1 soll es nach dem Worte Haftstrafe heißen: „so können sie nach den Bestimmungen des § 18 (Streikunterstützung), Ziffer 4 und 5, unterstützt werden.

§ 23. Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit am Orte.

Vorstand. In Ziffer 16 soll der 2. Satz lauten: „Während des Bezugs von Unterstützungen tritt eine Erhöhung der Sätze oder Unterstützungsdauer nicht ein, außer bei Streikunterstützung."

Heidenheim (Zahlstelle von Stuttgart), **Stettin, Halberstadt, Gumbinnen, Insterburg, Tilsit, Zwickau, Güstrow, Breslau, Bremen, Wiesbaden.** Der Beiratsbeschluß vom 23. August 1926 ist wieder aufzuheben, die §§ 23, 25 und 28 sollen in alter Fassung im Statut wieder in Geltung treten.

Düsseldorf, Magdeburg, Braunschweig, Bremerhaven, Oldenburg. In Ziffer 1 und 4 soll statt 60 Vollbeiträge „52 Vollbeiträge" gesetzt werden.

Bremerhaven. Die Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit ist nur in den Monaten November bis Februar zur Auszahlung zu bringen.

Das Reglement über Erwerbslosenunterstützung ist in bezug auf Karenzzeit und Bezugsdauer so abzuändern, daß die Möglichkeit geschaffen wird, daß die Mitglieder Winter in der Zeit vom November bis Februar b berechtigt werden.

Schöningen (Zahlstelle von Braunschweig). Die K zeit von 60 Wochenbeiträgen der §§ 23, 25 und 28 mindestens 25 % zu reduzieren.

Mannheim. Mehr als 13 beitragsfreie beziehung Arbeitslosenmarken dürfen in einem Jahre nicht g werden. Bei längerer Erwerbslosigkeit müssen Voll geklebt werden, die jedoch auf Antrag für diese Marken einer niederen Beitragsklasse sein können.

Heidenheim (Zahlstelle von Stuttgart). Die stützungssätze sind dahingehend abzuändern, daß sie die der bisher gewährten Unterstützungssumme nicht steigen.

Diejenigen, die länger als 1 Jahr Mitglied sind 52 Beiträge gezahlt haben, können schon nach Ablau weiteren 39 Wochen, wenn sie 39 Wochenbeiträge g haben, wieder Unterstützung erhalten.

Lübeck, Elberfeld, Essen, Eisenach, Augsburg. Zi ist zu streichen.

Riesky. Ziffer 14: Mitglieder, die 10 Jahre b haben, sollen ihre vollen Rechte behalten und trotz geklebter Erwerbslosenmarken in die hohe Stufe eing werden.

Zwickau. Ziffer 14: Die Worte „in den 10 Jahren und 6 Monaten" sind zu streichen.

Bremerhaven. Bei der Erwerbslosenunterstützun der Unterstützung in Sterbefällen ist für die Mitglied über 1040 Beiträge geleistet haben, eine 5. Stufe fügen mit erhöhter Bezugsdauer beziehungsweise entsprechend höheren Unterstützungssatz.

Görlitz, Düsseldorf, Dortmund. Ziffer 14 soll l „Die höchste Unterstützung kann in allen Unterstü fällen nur gewährt werden, wenn in den letzten 11 J vom Tage des Eintritts des Unterstützungsfalles z gerechnet, über 520 Vollbeiträge gezahlt sind."

Essen. Ziffer 14 soll lauten: „Die höchste Unterst kann in allen Fällen nur gewährt werden, wenn i letzten 12 Jahren, vom Tage des Eintritts des stützungsfalles zurückgerechnet, über 520 Wochenb gezahlt sind."

Eventualantrag: Die 4. Stufe ist zu streichen.

Bremen. Ziffer 14 anzufügen: „Mitglieder, die die Dauer ihrer Mitgliedschaft und gezahlten Beiträ höchste Unterstützung bezogen haben, behalten, wen ausgesteuert sind, nach Zurücklegung der Karenzzeit A auf die höchste Unterstützung auch dann, wenn unter mehr als 26 beitragsfreie Marken in den letzten 10 J und 26 Wochen geklebt worden sind."

Eventualantrag: Mitgliedern, die mehr als 10 und 26 Wochen dem Verbande angehören, werden für weitere zurückgelegte Mitgliedsjahr 2 weitere beitrag Wochen angerechnet.

§ 24. Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit

Wiesbaden. Ziffer 1 soll lauten: „Die Unterstütz Krankheitsfällen wird nach Ablauf von 6 Tagen schließlich Sonntags) an gewährt."

Elberfeld. Ziffer 1 und § 25 Ziffer 2 sollen dahi ändert werden daß in beiden Fällen eine drei Karenzzeit eintritt.

§ 26. Erwerbslosenunterstützung auf Reisen.

Vorstand. Ziffer 1 soll lauten: Der Verb vorstand kann die im § 23 festgesetzte Erwerbslosen stützung als Reiseunterstützung gewähren, wenn das glied bis zum Tage der ordnungsmäßigen Abme mindestens 60 Vollbeiträge geleistet hat.

§ 27. Umzugsunterstützung.

Vorstand. In Ziffer 1 soll für Arbeitslosen stützung „Erwerbslosenunterstützung" gesetzt werden.

§ 28. Unterstützung in Sterbefällen.

Bremerhaven. Die bisherige Sterbeunterstützu auszubauen. Die erforderlichen Mittel sind durch torische beziehungsweise fakultative Beiträge aufzubr

Flensburg. Ziffer 1 ist folgender Absatz hinzuzu „Langjährigen, ledigen Mitgliedern, die nachweisl jahrelangem Haushalt mit Mutter oder Schwester und deren Ernährer waren, ist beim Sterbefall d Unterstützung zu zahlen wie den Verheirateten Sterbefall der Ehefrau."

Köln a. Rh. Ziffer 4, letzter Satz, soll heißen: „Ko die infolge ihrer Invalidität den Beitrag in der Vo zahlen, wird die Sterbeunterstützung ihres zuletzt ge Vollbeitrages in Anrechnung gebracht."

Dortmund. Ziffer 8 lautet: Die Absätze 15 u des § 23 finden auch hier Anwendung, nicht aber Zif

Zu Punkt 2 der Tagesordnung.

Bremen. Der Vorstand wird beauftragt, da wirken und sich dieserhalb mit dem ADGB. in Verb zu setzen, daß den auf Reisen befindlichen Arbeiter die Reichsarbeitslosenunterstützung (Erwerbslosen stützung) ausgezahlt wird.

Magdeburg. Wenn die Abrechnungen der Hau nicht näher detailliert im „Maler" veröffentlicht w können, sind den Filialen in jedem Quartal klare A nungen zuzustellen, die in den Mitgliederversammlun veröffentlichen sind.

Güstrow, Oldenburg. Die Zeitschrift „Fachbla Maler" ist für sämtliche Verbandsmitglieder heraus und darf dafür eine geringe Beitragserhöhung erfol

Stettin. Das „Fachblatt der Maler" soll an 50 bei uns organisierten Jungkollegen frei durch die verwaltung den Filialen zur Verfügung gestellt wer

Stuttgart, Eisenach. Das Verbandsorgan „Der muß in Zukunft in objektiver Weise alle Erörterung gewerkschaftlichen Kämpfe durchführen. Es solle „Maler" Artikel sämtlicher in der Organisation vert Parteien, auch der KPD., veröffentlicht werden.

Köln a. Rh. Der Vorstand hat beim ADGB. da wirken, daß sämtliche Gewerkschafter, die nach

ihrer politischen Ueberzeugung aus den Verbänden schlossen wurden, mit vollen Rechten wieder aufgen werden.

hemnitz. § 1 Ziffer 1 des Reichstarifvertrages soll : Die regelmäßige Höchstarbeitszeit (ausschließlich ausen) beträgt täglich 8 Stunden.

eipzig, Oldenburg. Der Verbandsvorstand wird begt, die Verschmelzungsfrage im „Maler" und in den iederversammlungen erneut zur Diskussion zu stellen ach dieser eine Urabstimmung vorzunehmen.

Weimar. Die Zusammenfassung der einzelnen Gehaften zu Industrieverbänden ist anzustreben. Der ndsvorstand wird beauftragt, mit dem Baugewerks- n Verhandlungen über die Verschmelzung einzutreten.

isenach. Der Verbandstag soll sich erneut mit der der Verschmelzung und der Industrieverbände begen

eipzig. Eingesandte Versammlungsberichte, die An- und Resolutionen enthalten, dürfen vom „Maler" bgelehnt werden.

eipzig. Der Vorstand wird beauftragt, bei dem B. und den politischen Arbeiterparteien dahin zu n, daß der Arbeitsnachweiszwang im Arbeitsnachsetz ausgesprochen wird.

amburg. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, bis eiteres alljährlich eine bestimmte Summe Geldes zur führung der „Richtlinien" aufzuwenden und den n zu diesem Zweck bestimmte Beihilfen zu gewähren. esamtsumme der vom Vorstand aufzuwendenden beschließt der Beirat.

Ansehung der „Richtlinien", insbesondere Ziffer 3 d en, wird der Vorstand beauftragt, mit allen Kräften e tarifliche Regelung der Lehrlingskostgeldsätze hinen

ipzig. Der Vorstand wird beauftragt, bei einem Neuß des Manteltarifes alle Mittel anzuwenden, um die gsfragen tariflich zu regeln.

ei Neuabschluß des Manteltarifes müssen als ortestimmungen vorbehalten bleiben: Die Höhe des nlohnes, Vergütung bei Landarbeit und Wegegeld, ung der Arbeitszeit und Pausen, des Zahltages und nnabendschlusses. Langfristige Lohnabkommen sind chend der wirtschaftlichen Situation abzulehnen.

denburg. Der Verbandstag beschließt, den Reichs- u kündigen; an dessen Stelle treten Bezirks- oder rife

mburg. Filialen, die erhebliche Aufwendungen zur on für die Lehrlingsabteilungen machen, erhalten von hrlingsbeitrag 10 ₰ und führen 5 ₰ an die Haupt- b. Das Nähere regelt der Hauptvorstand auf An- r betreffenden Filialen.

erlin. Es ist eine sozialpolitische und wirtschaftliche ng zu errichten. Falls notwendig, ist eine Sonder- im „Maler" als Monatsbeilage einzuführen. Der Ausbau des „Maler" in Druck und Schrift muß e des Verbandsvorstandes sein.

mäß den Richtlinien des Breslauer Gewerkschaftsses ist ein engerer Zusammenschluß der Gewerkerforderlich. Der Verbandsvorstand hat alles zu en, um zu einem Kartellverhältnis mit berufsvern Organisationen zu kommen. Dem Vorstand des . sind größere Machtbefugnisse zu geben, damit bei n Kämpfen eine einheitliche Führung und Leitung en ist.

e Generalversammlung beschließt, daß Statutengen nicht der Beirat mit dem Hauptvorstand bem kann, sondern daß nur in Mitgliederversammoder in Urabstimmungen vom Hauptvorstand beabAenderungen beschlossen werden können.

e Entscheidung des Verbandsausschusses vom Ok- 926 im Streitfall Agitationskommission des 1. Bend Maßnahmen des Verbandsvorstandes wird auf-

sel. Um die Reiselust unserer jugendlichen Kollegen ern und um Angebot und Nachfrage von Arbeits- in den Filialen übersichtlicher zu gestalten, sollen alen, wo Nachfrage nach Kollegen besteht, dieses son Vorstand melden, der es dann im nächsten zu veröffentlichen hat.

nkfurt a. M. Alterspensionsgesetz. Der Verstand wird beauftragt, gemeinsam mit den Spitzentionen und Arbeiterparteien beim Reichstag dahin en, daß an Stelle des Altersversicherungsgesetzes rspensionsgesetz für alle arbeitenden Schichten gewird.

n. Die Generalversammlung protestiert dagegen, Hauptvorstand bei den Verhandlungen zur Arhaffung 10 000 M für Lichtreklame bewilligte.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung.

imar. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, beim für eine Kampagne gegen die Erhebung einer ssteuer zu wirken. Solange eine solche erhoben zu fordern, daß diese restlos dem Wohnungsbau t wird.

nnitz. Die Hauszinssteuer ist restlos dem Wohu zuzuführen.

zig. Die Generalversammlung erachtet die Durchfolgender Forderungen für unerläßlich: Der Kampf Achtstundentag — gegen das Arbeitszeitnotgesetz ort aufzunehmen und durchzuführen, um der kapin Rationalisierung auf Kosten der Arbeiterschaft u gebieten.

Löhne sind entsprechend den Lebensnotwendiger Arbeiter zu erhöhen, unter Zugrundelegung bensstandardes als Mindestlohn. Dieser Lebensist gleichzeitig die Grundlage für die Erwerbserstützung.

Erwerbslosenfürsorge ist auszubauen. Die dazu gen Mittel sind vom Reich zur Verfügung zu

en die ungerechte Steuerverteilung ist mit allen anzukämpfen, um die werktätige Bevölkerung von ckenden direkten und indirekten Steuern zu be-

Arbeitsnachweisgesetz muß gefordert werden, das rmittlungszwang unter freigewerkschaftlicher Konrsieht.

Ausbau des Betriebsrätegesetzes im proletarischen Sinne sowie aller sozialpolitischen Gesetze und Bestimmungen.

Diese Forderungen sind unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel sofort zu verwirklichen. Um die Schlagkraft der Gewerkschaften bei Durchführung dieser Forderungen zu erhöhen, sind 1. dieselben zu Industrieverbänden zusammenzufassen nach dem Motto: Ein Betrieb — ein Verband. 2. Alle wegen politischer Ueberzeugung Ausgeschlossenen wieder aufzunehmen. 3. Die Erwerbslosen gegen Zahlung eines geringen Beitrages freigewerkschaftlich zu organisieren.

Der ADGB. wird aufgefordert, für die Herstellung nationaler und internationaler Gewerkschaftseinheit zu wirken und beim IGB. für die Schaffung einer alle Arbeiter aller Länder umfassenden freigewerkschaftlichen, auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaftsinternationale einzutreten.

Kassel. Der Vorstand und der ADGB. müssen alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel und Wege ergreifen, um eine weitere Verelendung der Arbeiterschaft zu verhüten. Die Generalversammlung erwartet von diesen Körperschaften folgende soziale Maßnahmen:

1. Die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages.
2. Die baldige Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, des Arbeitsvermittlungsgesetzes, Berufsausbildungsgesetzes, die unter Berücksichtigung der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse einen der Arbeiterschaft vorteilhaften sozialen Charakter tragen müssen.
3. Sofortigen besseren Ausbau der bestehenden Arbeiterschutzgesetzgebung in Unfall- und Gesundheitsgefahren, vor allem baldige Verabschiedung eines einheitlichen Bauarbeiterschutzgesetzes und des Jugendschutzgesetzes.
4. Besseren Ausbau der sozialen Gesetzgebung in materieller Hinsicht, insbesondere sofortige Erhöhung der Renten aller Sozial- und Unfallrentner. Die Altersgrenze in der Invalidenversicherung ist auf 60 Jahre herabzusetzen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung.

Dresden In Fällen, in denen sich der Arbeitgeber beharrlich weigert, die bestehenden Schutzvorschriften zu erfüllen, sollen zunächst die Tarifinstanzen nach § 14 des Reichstarifvertrages entscheiden. Kommt es in solchen Fällen zu plötzlichen Arbeitseinstellungen, so entfallen die Vorschriften des § 17 Ziffern 2, 3, 4 und 5 des Verbandsstatuts.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung.

München. Dresden. Der Hauptvorstand wird beauftragt, ein Verzeichnis der Herbergen, Verkehrslokale und Arbeitsnachweise herauszugeben.

Dortmund. In den Satzungen für die Jugendabteilung, Abschnitt: Besondere Rechte, wird dem zweiten Satz in der Ziffer 1 hinzugefügt: „wenn es sich um Wirtschaftskämpfe handelt".

Glogau. Die Filiale Glogau bittet um Niederschlagung einer Summe von 120,29 M.

Breslau. Die am 1. April dieses Jahres vorhandenen Schulden der Filiale Breslau in Höhe von 6912,76 M sind mit Wirkung vom 1. Juli dieses Jahres an zu streichen.

Dortmund. Die Hauptkasse hat der Filiale Dortmund eine Schuldenlast von 290,90 M zu erlassen.

Die nächste Generalversammlung findet in Dortmund statt.

Delmenhorst. Zahlstellen mit mehr als 50 Mitgliedern können auf Wunsch eigene Filiale werden.

Leipzig. Zum Gewerkschaftskongreß sind außer einem Mitglied des Hauptvorstandes nur in Arbeit stehende Kollegen zu delegieren, die durch Urwahl zu wählen sind.

Essen. Die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß soll durch Urabstimmung stattfinden.

Leipzig. Die Gehälter der Angestellten betragen in Zukunft monatlich 208 Stunden mal Tariflohn plus 10 %. Die Angestellten des Verbandes haben, wie jedes andere Mitglied, einen Stundenlohn als Beitrag zu entrichten.

Magdeburg. Die Alterszulage hat bei den Gehältern der Beamten in Fortfall zu kommen.

Leipzig. Der Verband der Maler, Lackierer usw. tritt der IAH. korporativ bei.

Die Generalversammlung fordert vom ADGB. die Entsendung einer Delegation nach Rußland zum Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Lage der Arbeiterklasse. Um die Lage der Berufskollegen kennen zu lernen, beschließt die Generalversammlung, eine von ihr zu wählende Delegation nach Rußland zu entsenden.

Berlin. Der im Statut vorgesehene 2. Vorsitzende des Verbandsvorstandes ist auf der Generalversammlung zu wählen.

Ergebnis der Delegiertenwahl zur 20. Generalversammlung 1927.

Gewählt sind die Kollegen:

Wahlkreis 1. Ph. Hain, E. Emmel, K. Biebricher, Frankfurt a. M.; A. Stock, Hanau.
" 2. O. Schiemann, Fr. Klotz, R. Bosse, Berlin.
" 3. A. Jetzschmann, G. Albrecht, W. Stallbaum, Dresden.
" 4. Th. Tonn, G. Engebrecht, Hamburg; M. Mickwausch, Harburg.
" 5. J. Hützsch, Ph. Arnold, Darmstadt.
" 6. A. Nagel, W. Kluvetasch, Leipzig.
" 7. A. Eisinger, A. Luft, Mainz.
" 8. Fr. Müller, Nürnberg.
" 9. Fr. Brenner, Fr. Nübling, Stuttgart.
" 10. Ph. Holl, K. Schmalle, Wiesbaden.
" 12. W. Wagner. Breslau.
" 13. K. Schirber, Chemnitz.
" 14. K. Jango, Danzig.
" 16. G. Buchhop, Düsseldorf.
" 18. C. Greif, Essen.
" 19. R. Polenz, Gotha.
" 20. A. Rauschenbach, Halle.
" 21. A. Schrader, Hannover.
" 22. P. Smura, Karlsruhe.
" 23. K. Preuß, Kassel.
" 24. G. Schmidt, Kiel.
Wahlkreis 25. J. Schäfer, Köln.
" 26. G. Schwarz, Königsberg.
" 28. Fr. Kehl, Mannheim.
" 29. St. Dolp, München.
" 30. G. Marks, Stettin.
" 31. G. Mohrmann, Potsdam.
" 32. J. Zacher, Neisse.
" 33. A. Mantwill, Insterburg.
" 35. O. Höhne, Frankfurt a. O.
" 38. G. Detjen, Saarbrücken.
" 39. L. Haupt, Marburg.
" 40. Fr. Kees, Friedberg.
" 41. J. Evers, Lübeck.
" 42. A. Momme Flensburg.
" 43. P. Rosentreter, Braunschweig.
" 44. O. Röver, Bremerhaven.
" 45. G. Harloff, Rostock.
" 46. G. Burghardt, Hildesheim.
" 47. Fr. Popken, Rüstringen.
" 50. Fr. Törper, Herford.
" 51. G. Nordwald, Duisburg.
" 52. M. Müller, Eisenach.
" 53. E. Gerber, Zwickau.
" 54. O. Schreiber, Greiz.
" 55. G. Engelhardt, Zeitz.
" 56. Chr. Sturm, Dessau.
" 57. G. Berg, Kaiserslautern.
" 58. L. Goll, Lörrach-Stetten.
" 59. G. Baumann, Bayreuth.
" 60. G. Fischer, Regensburg.

Stichwahlen haben in folgenden Wahlkreisen stattzufinden: 3, 8, 11, 15, 17, 27, 24, 36, 37 und 48. Die Stichwahlprotokolle sind den Filialen zugegangen.

Im Wahlkreis 49 muß wegen Formfehler in einer Filiale eine nochmalige Wahl stattfinden.

Was mit dem Verbandsblatt geschehen soll!

Unsere Zeit steht wirtschaftlich im Zeichen der Rationalisierung. Diese Rationalisierung hat wirtschaftlich einen gesunden Kern, doch ist die Durchführung des Rationalisierungsgedankens nur dann auch sozial, wenn die Lebensinteressen der arbeitenden Masse dabei die gebührende Berücksichtigung finden. Aber diese Berücksichtigung suchen wir heute vergeblich. Seine Lebensinteressen muß sich das schaffende Volk selber erzwingen.

Das geht nur durch organisatorischen Kampf, wie auch der Kapitalismus organisatorisch verbunden ist. Das geht aber auch nur unter Verwendung der gleichen wirtschaftlichen Methode, die der Gegner gebraucht, durch Rationalisierung der Kampfeswerte.

Was das heißt? Oekonomisch umzugehen mit dem allen, was uns im Kampfe gegeben ist. Und dazu gehört das Gewerkschaftsblatt. Es ist eine Waffe, die leider so oft in der Ecke liegt. Oft unbenutzt oder nur selten gebraucht oder dann nicht zur Benutzung vorhanden, wenn sie gebraucht werden soll.

Wie oft wird da dieser oder jener Artikel im Verbandsblatte gelesen, der ganz besonders interessiert. Wie oft findet man da wertvolle Angaben, gute Gedanken, wichtiges statistisches Material. Aber im Augenblick des Lesens hat der Artikel für viele vielleicht keinen praktischen Wert. Im Augenblick des Lesens hat er große theoretische Bedeutung, doch in diesem Augenblick kann das Material von dem einen oder andern nicht praktisch gebraucht werden. Aber wenn dann dieser Tag einmal gekommen, dann ist das Verbandsblatt nicht mehr zur Hand oder man findet die einzelne Arbeit nicht mehr.

Was uns fehlt, ist eine Rationalisierung in der Benutzung des Blattes. Eine Arbeit des Verbandsblattes weggeworfen, gleicht der alten Methode in den Betrieben, in denen man so viele Werte als Abfallstoffe weggeworfen hat. Aber heute wird alles gesammelt, alles wieder benutzt, in ganz besonders rationeller Weise bekanntlich von Ford. Wieviel mehr gilt das von Werten, die Werte sind und Werte bleiben, ja, deren Bedeutung später einmal noch größer als im gegenwärtigen Augenblick ist. Eine lehrreiche Arbeit als nebensächlich weggeworfen, ist einem Wegwerfen von Geldscheinen gleich, wenn man sie gerade heute nicht nötig hat.

Die Inhaltsangabe, wie sie viele Blätter am Ende des Jahres geben, ist der erste Anfang einer praktischen Rationalisierung der geistigen Werte des Blattes. Aber sie kann auch nie mehr als ein Anfang sein; denn solche Inhaltsangabe ist ihrem Wesen nach allgemein und für alle bestimmt. Was wichtiger ist, das ist die individuelle Uebersicht, die sich der einzelne selber schafft. Den einen interessieren die wirtschaftlichen Fragen, den andern die Statistik, den einen das Soziale, den andern die Fragen der Frau; den einen interessiert der geistige und sittliche Wert seines Kampfes und der andere wieder hat besondere Freude, sich mit dem Organisatorischen und den Verbandserfahrungen zu beschäftigen.

So hat das Verbandsblatt trotz der einen, großen, führenden, gemeinsamen Linie doch für jeden ein anderes Gesicht. Für jeden ist es ein eigener Quell des Erlebens und Lernens, und es ist die Aufgabe des einzelnen, dieses jedem Eigene des Blattes für den eigenen Kleinkampf des Lebens zu erhalten. Das, was von dem einzelnen einmal

als ihm bedeutsamer Wert erkannt worden ist, muß erhalten bleiben für ihn. Stets muß er es zu gebrauchen imstande sein.

Darum hat jeder Kollege sein Blatt zu lesen und zu verwahren und den Inhalt für sein Interesse zu sichten und zu notieren, nach Materien geordnet, und dann immer wieder zu überprüfen und aufzufrischen, damit dieser geistige Inhalt nicht zur Unterhaltung für ein paar Minuten, sondern zum geistigen Wesen einer Person, eines Kämpfers wird. Wir sind viel zu verschwenderisch mit unsern Werten und Kräften. Wir wollen sparsamer sein und ökonomischer und gewissenhafter; denn dann bedeutet das Verbandsblatt praktisch viel, viel mehr als es heute für viele ist, und in einer viel tieferen und innigeren Weise ist dann jeder auch verbunden nicht nur mit seinem Blatte, sondern auch mit seinem Verbande zugleich.

Aus unserm Beruf

Lohnverhandlungen in Schlesien.

Die wirtschaftliche Entwicklung brachte in den letzten Monaten für ganz Deutschland eine allgemeine Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Unter diesen Verhältnissen waren die Gewerkschaften gezwungen, einen Ausgleich zu schaffen, der es ermöglichte, daß die gesamte Arbeiterschaft ohne Schaden ihren Lebensunterhalt für die Zukunft weiterführen konnte. Wie in allen andern Teilen des Reichs wurde darum auch in Schlesien eine Verständigung mit den Arbeitgebern angebahnt. Vorher traten, am 10. April d. J., in Breslau die Vertreter der schlesischen Filialen und Zahlstellen zu einer Bezirkskonferenz zusammen, um durch eine allgemeine Aussprache die Stellungnahme zu der wirtschaftlichen Entwicklung zu kennzeichnen und speziell zu den zu erhebenden Forderungen Stellung zu nehmen. Der Kollege Jakobeit gab hier einen Ueberblick über die bisher in Schlesien gepflogenen Verhandlungen. Die Absplitterung der schlesischen Arbeitgeber vom Reichsbund des deutschen Malergewerbes und ihre Nichtanerkennung des Reichstarifvertrages habe uns in die Lage versetzt, daß wir seit dem Jahre 1921 getrennt vom Reich allein mit den Arbeitgebern Schlesiens verhandeln müssen. Dieser Zustand habe aber trotz aller Hoffnungen der Arbeitgeber, durch diese Taktik für sich Vorteile zu erringen, für unsere Kollegen keinen Schaden gebracht. Durch die Geschlossenheit der schlesischen Organisation sei es immer gelungen, die Löhne in dem Verhältnis festzusetzen, wie sie auch früher zum Reich bestanden haben. Nur im vorigen Jahre konnte eine kleine Verschlechterung für einzelne Orte nicht abgewehrt werden, da die Arbeitsverhältnisse sogar in den Sommermonaten einen Tiefstand aufwiesen wie noch nie. Da inzwischen der Reichstarifvertrag erneuert worden sei, werden auch wir den Arbeitgebern unsere Forderungen zustellen, die eine Anpassung der Löhne an die Teuerungsverhältnisse voraussetzen. Trotz der noch nicht günstigen Arbeitslage mußten wir das laufende Lohnabkommen zum 15. April kündigen, um sofort in Verhandlungen einzutreten.

Die recht rege Aussprache ließ erkennen, daß in allen schlesischen Orten es für notwendig empfunden wurde, so schnell wie möglich eine Erhöhung der Löhne durchzuführen. Die schlesischen Kollegen wissen zu berücksichtigen, daß die Verhandlungen mit den schlesischen Arbeitgebern immer unter größeren Schwierigkeiten zu leiden haben als im Reich, wo sozialere Ansichten in Arbeitgeberkreisen vorherrschend sind. Aber trotzdem zeigten sich die Kollegen gerüstet, um mit allen Mitteln ihre Forderung den Arbeitgebern gegenüber zu vertreten. Der Bezirksleitung und der Lohnkommission wurde das Vertrauen ausgesprochen, daß sie auch bei diesen Verhandlungen das bestmöglichste für die Kollegenschaft herausholen werden. Zur Frage des Landestarifvertrages wurde eine Entschließung angenommen, die sich mit Entrüstung gegen die Bestrebungen der Arbeitgeber wendet, die Ferien aus dem Tarif auszuschalten. Der Hauptvorstand wird ersucht, dafür zu sorgen, daß der Reichstarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt wird.

In einer kurzen Vorbesprechung mit den Arbeitgebern kam zum Ausdruck, daß eine Verhandlung auf freier Grundlage völlig aussichtslos sei. Der Hinzuziehung eines unparteiischen Vorsitzenden setzten die Arbeitgeber ebenfalls Widerstand entgegen; sie waren bereit, nur unter dem Schlichtungsausschuß verhandeln zu wollen. Der Schlichtungsausschuß Breslau wurde sofort angerufen und am 3. Mai fanden die Verhandlungen dortselbst statt. Infolge Erkrankung des Kollegen Jakobeit war Kollege Streine zu den Verhandlungen erschienen, der die Forderung in ganz eingehender Weise begründete. Er hob hervor, daß sich die wirtschaftliche Lage zuungunsten der Arbeiterschaft entwickelt habe, daß durch das Einsetzen der neuen Mietserhöhungen weitere Verschlechterung der Lebenshaltungskosten eingetreten sind. Der Jahresarbeitsverdienst der Berufsangehörigen des Malergewerbes wird infolge der wirtschaftlichen Entwicklung immer geringer, die Saisonmäßigkeit trete immer schärfer hervor; auch dieser Zustand müsse bei der Bemessung des Lohnniveaus berücksichtigt werden.

Der Sprecher der Arbeitgeber, Herr Obermeister Hanlen, Breslau, glaubte, beweisen zu können, daß eine Erhöhung der Löhne überhaupt nicht in Frage käme. Die Erhöhungen durch die Mietspreise wären so minimal, daß sie auf einen Stundenlohn kaum zu errechnen seien. Die Lebenshaltungskosten seien ebenfalls nicht wesentlich gestiegen. Die Indexziffer beweise dies am besten. Von einer Saisonmäßigkeit des Gewerbes könne keine Rede mehr sein; denn jeder erwerbslose Berufsangehörige erhalte bei Arbeitslosigkeit für den Ausfall der Arbeitszeit ein vollwertiges Aequivalent in Form der Erwerbslosenunterstützung vom Staate zugesichert. Die Löhne des Malergewerbes müßten mehr und mehr denen der Gewerbe angeglichen werden, die Jahr aus und Jahr ein eine Beschäftigungsmöglichkeit aufweisen. Höhere Löhne würden die Arbeitsmöglichkeit in Schlesien niederdrücken und ein Nutzen käme auch für die Arbeitnehmer nicht heraus, weil sie dadurch einer größeren Arbeitslosigkeit unterworfen seien. Er wies darauf hin, daß es den größeren Geschäften kaum noch möglich sei, zu kalkulieren infolge der Schmutzkonkurrenz des Kleinmeistertums, glaubte auch, in der in Schlesien besonders verbreiteten „Schwarzarbeit" einen Grund zu haben, der die Ablehnung einer Lohnerhöhung in sich trägt.

Diese recht weltfremden Ausführungen, die noch von Herrn Bayer, Waldenburg, unterstützt wurden, der auf die niedrigen Bergarbeiterlöhne hinwies und sie zum Vergleich mit den Malerlöhnen anzog, wurden von unserer Seite völlig entkräftet und unsere Forderung erneut dringend hervorgehoben. Nach zweistündiger, sehr hartnäckiger Aussprache fällte der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses in Anbetracht dessen, daß eine Verständigung unmöglich sei, folgenden

Schiedsspruch.

Beschlossen und verkündet:

1. Die bisherigen Tariflöhne werden vom 2. Mai 1927 an um 4 % und vom 1. Oktober 1927 um weitere 3½ % erhöht. Bruchteile von Pfennigen werden von ½ einschließlich an nach oben, im übrigen nach unten abgerundet. Diese Regelung gilt bis 30. April 1928. Im übrigen bleibt das Lohnabkommen unverändert.
2. Diese Regelung läuft jeweils um einen Monat fort, falls nicht 2 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.
3. Erklärungsfrist bis 10. Mai 1927.

gez.: Dr. Kobrak.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen — für die einzelnen Orte Lohnerhöhungen von 6 bis 8 ₰ — wurde den Filialen und Zahlstellen zur Beschlußfassung unterbreitet. Die am 3. Mai in Breslau abgehaltene Mitgliederversammlung, in der über 400 Kollegen anwesend waren, sprach sich für die Annahme des Schiedsspruchs aus. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß auf jeden Fall die Ferienfrage geregelt werden müsse und eventuell die Verbindlichkeit des Reichstarifvertrages so schnell wie möglich zu erfolgen habe.

Von den 25 Filialen und Zahlstellen, die unter das Lohnabkommen fallen, sprachen sich nur zwei gegen den Schiedsspruch aus. Damit war die überwältigende Mehrheit mit den festgelegten Löhnen einverstanden. Unsere Erklärung an den Schlichtungsausschuß erfolgte in dieser Richtung. Auch von Arbeitgeberseite ist trotz mancher Bedenken der Schiedsspruch angenommen worden, so daß das Lohnabkommen vom 2. Mai verbindlich für die Parteien ist.

Damit hat eine Lohnbewegung ihr Ende gefunden, die auf Jahresfrist hinaus die Löhne festlegt. Wir können dieses Ergebnis ohne weiteres in Vergleich stellen mit den Lohnerhöhungen, die im Reich gewährt wurden, und ebenso mit denen, die in verwandten Gewerben festgelegt worden sind.

Die Kollegen in allen Orten haben nun dafür zu sorgen, daß überall die Durchführung des neuen Lohnabkommens erfolgt, eventuelle Weigerungen einzelner Innungen müssen sofort der Bezirksleitung respektive nach Breslau gemeldet werden, damit von hier aus auf die Einhaltung des Vertrages hingewirkt werden kann. Es gilt nun, angesichts des Erfolges, der nur durch die Organisation errungen werden konnte, an alle noch abseits stehenden Kollegen heranzutreten und sie von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu überzeugen. Vor allen Dingen sind diejenigen zu bearbeiten, die seit Jahren jede Lohnerhöhung mit zufriedenem Lächeln einstecken, die aber aus Sparsamkeitsrücksichten für die Organisation noch nichts übrig hatten. Zeigt ihnen, daß sie Schädlinge sind, die vom Mark der Allgemeinheit zehren und daß sie in anderer Hinsicht zu der Fessel werden, die eine Aufwärtsentwicklung der gesamten Arbeiterklasse behindert. Frisch geworben für die Organisation, dann dürfen wir mit guter Zuversicht künftigen Aufgaben entgegentreten!

Berufsunfälle

In **Hamburg** stürzte am 29. April Kollege C. Fischer von einer Leiter, die ausrutschte. Der Kollege zog sich dabei schwere Rippen- und Knieverletzungen zu. — Am 2. Mai verunglückte in Hamburg Kollege Carl Grabe mit einer Anlegeleiter, die ausgerutscht war; er erlitt Beinverletzungen, wodurch er längere Zeit arbeitsunfähig ist.

Baugewerbliches

In Berlin fehlen 136 000 Wohnungen. In einem kürzlich gehaltenen Vortrag des Stadtrat Wutzky-Berlin über Wohnungsnot und Wohnungsneubau in Berlin kam zum Ausdruck, wie hoch eigentlich die Wohnungsnot in der Reichshauptstadt ist. Seit der Währungsstabilisierung kann man einen großen Zustrom nach Berlin wahrnehmen. Im Jahre 1924 mußten an rund 9000, im Jahre 1925 an 16 000 und im Jahre 1926 an 21 000 Neuzuziehende Wohnungsberechtigungsscheine gegeben werden. Am Jahresschluß 1926 waren in Berlin 240 000 Wohnungsuchende vorhanden. Bei einer Wohnungszählung im Mai 1925 wurde festgestellt, daß 75 000 Haushaltungen in Berlin ohne eigene Wohnung sind. Wenn man hiervon ausgeht, dann ergibt sich folgendes Bild: a) 75 000 Wohnungen (wohnungslose Haushaltungen), b) 20 000 Wohnungen (Zuzug nach Berlin), c) 15 000 Wohnungen (innerer Neubedarf an Wohnungen), d) 15 000 Wohnungen (subjektiver Bedarf an Wohnungen), e) 1000 Wohnungen (Verfallwohnungen), f) 10 000 Wohnungen (Ueberschußwohnungen), also 136 000 Wohnungen Gesamtfehlbedarf. Das Wohnungsbauprogramm der Stadt Berlin für 1927 beträgt 25 000. Hieraus ist zu ersehen, daß es noch recht lange dauert, ehe man von einer geordneten Wohnungswirtschaft reden kann.

Soziale Bauwirtschaft. Berlin S. 14. Monatlich zwei Hefte. Bezugsgebühr für Gewerkschafter monatlich 50 ₰. In dieser Nummer werden einleitend, unter Beifügung je eines Bildes von Theodor Leipart und Fritz Paeplow, die am 17. Mai ihren 60. beziehungsweise 67. Geburtstag feiern konnten, die Verdienste dieser beiden Gewerkschafts- und Arbeiterführer um die Bauhüttenbewegung hervorgehoben. Als ein vorzügliches Be[…] erfolgreicher Bauhüttenarbeit wird unter Beigabe sch[…] Bilder die Entwicklung der vor 17 Jahren gegrün[…] Malereigesellschaft Hamburg geschildert. Die Nu[…] enthält weiter fünf Bauhüttenbriefe, in denen Leser[…] Ausgestaltung der Sozialen Bauwirtschaft Stellung ne[…] und in denen auch volkswirtschaftliche und Erzieh[…] fragen behandelt werden. Beschäftigt waren im M[…] März 1927 in den sozialen Baubetrieben 15 148 Ange[…] und Arbeiter, das sind je Betrieb 99. Im gleichen M[…] des Vorjahres waren es 12 744 und je Betrieb 72. […] einer Abhandlung über die Reichsergebnisse der Bet[…] zählung vom 16. Juni 1925 wird die interessante Feststel[…] gemacht, daß auf jedes private Bauunternehmen in De[…] land durchschnittlich 11, auf jeden sozialen Baubetrie[…] gegen durchschnittlich 111 Beschäftigte kamen. Ae[…] liegen die Verhältnisse bei den Baunebenbetrieben, w[…] jeden privaten Baunebenbetrieb 3 und auf jeden so[…] Baunebenbetrieb 37 Personen kommen.

Gewerkschaftliches

Die Kosten der Erwerbslosigkeit von den Beit[…] gedeckt. Die Besserung der Arbeitslage hat auch ein[…] trächtliche Verminderung der Kosten für die Erwerbs[…] fürsorge gebracht. Für die Woche bis zum 13. Ma[…] richtet das Landesarbeitsamt der Rheinprovinz, da[…] Mai die Beitragseinnahmen und ein Zuschuß der […] gleichskassen in gleicher Höhe zur Deckung der Koste[…] nügen würden und Reichsmittel nicht in Anspruch g[…] men zu werden brauchen. Von den übrigen Wirtsch[…] bezirken des Reiches liegen ähnliche Feststellungen […] vor. Wenn dies überall so ist, dann wäre der Zusta[…] reicht, daß die Kosten der Erwerbslosigkeit allein vo[…] Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ge[…] werden. Das Reich ist seinen Verpflichtungen, für d[…] werbslosen zu sorgen, enthoben. Das ist eine Feststel[…] die zu beachten ist. Die Lasten der desorganisierten […] schaft müssen zum großen Teil in Gestalt von Bei[…] zur Erwerbslosenfürsorge von den Arbeitern und […] stellten getragen werden. Die reichen Müßiggänge[…] den sich freuen, denn ihre Steuergelder werden nicht […] zur Linderung der Erwerbslosennot herangezogen. […] Packesel Arbeiter ist gut genug, auch hier, neben de[…] trägen der Unternehmer, diese Last auf sich zu nehm[…]

Der 3. Verbandstag des Z. d. A. in Köln a. […] der Festhalle des Zoologischen Gartens ist am 15. […] dieses Jahres der diesjährige Verbandstag der freig[…] schaftlichen Handlungsgehilfen- und Bureauange[…] organisation des Z. d. A. eröffnet worden. 150 […] gierte haben sich in Köln eingefunden, um an de[…] ratungen des Verbandstages teilzunehmen. In de[…] öffnungsansprache konnte der Verbandsvorsitzende, […] Urban, eine recht große Anzahl von Gästen be[…] Darunter befanden sich neben den Vertretern befre[…] deutscher Organisationen auch eine ansehnliche Anz[…] Behördenvertretern und ausländischen Gästen. […] bindung mit der Eröffnung des Verbandstages […] gleichen Tage durch den Z. d. A. zu einer Kun[…] „Für Sozialpolitik, für Gewerkschaft, für Republi[…] gerufen worden, die sich durch ihren Verlauf un[…] riesigen Besuch durch die Kölner Angestelltenschaft […] machtvollen Willensäußerung der Angestellten und […] wuchtigen Bekenntnis derselben für den Z. d. A. ge[…] Während der bekannte Sektionschef, Dr. Berge[…] Internationalen Arbeitsamt über „Internationale […] politik" sprach, erörterten der Verbandsvorsitzend[…] ban, und die Abgeordnete Frau Bohm-Sch[…] der Reichsminister a. D. Wilhelm Sollmann […] schaftliche Probleme. Philipp Scheidemann, […] der Rückständigkeit in unserm öffentlichen Le[…] rechnete, forderte die Angestellten zur tätigen M[…] an der sozialen Ausgestaltung der deutschen Repub[…] Bei der Erstattung der Geschäftsberichte gab de[…] sitzende einen Ueberblick über die Lage der Angestell[…] das Wirken der Organisation für die wirtschaftli[…] soziale Besserstellung der Angestellten. Er dankte an […] seiner Ausführungen dem nunmehr infolge seiner […] heit aus den Diensten des Verbandes ausscheidende[…] sitzenden, Reichstagsabgeordneten Carl Giebel […] Kongreß brachte dem Scheidenden eine aufrichtige […] dar. Der Z. d. A. verliert in ihm einen unerm[…] und uneigennützigen Führer, der sich um das We[…] Z. d. A. sehr verdient gemacht hat. Es folgten […] richte über die Kasse, die Tätigkeit des Verbands[…] die Revisionskommission, die Jugendarbeit, die […] presse und die Pensionskasse. Die Delegierten ane[…] die Tätigkeit des bisherigen Vorstandes. Am erst[…] handlungstage wurden noch die Satzungen der Org[…] behandelt, die in wesentlichen Punkten ergänzt […] bessert wurden. Die Diskussion wickelte sich in […] Reihenfolge ab. Als Ergebnis dieser Aussprache d[…] eine stärkere Schlagkraft des Verbandes als bisher […] Zukunft schon jetzt festgestellt werden. Als die […] und bedeutungsvollste Neuerung darf wohl die […] und der weitere Ausbau der Unterstützungseinri[…] betrachtet werden, die durch den Verbandstag m[…] Mehrheit beschlossen wurden. Im übrigen beschäf[…] der Verbandstag mit innerorganisatorischen Frag[…] den Wahlen zum Verbandsvorstand wurden die b[…] Mitglieder des Vorstandes einmütig wiedergewä[…] anfeuernden Worten schloß der Vorsitzende die […] reiche Tagung, die nach außen hin einen Bew[…] ablegte, wie die Vertreter der Verbandsmitglied[…] auf das eifrigste bemühten, um ihre Organisation […] arbeitsfähigen und schlagkräftigen Instrument für […] gestellten auszugestalten.

Auswanderungsgesetzgebung und Gewerksch[…] den letzten Jahren ist die Auswanderung in vielen […] speziell in Italien, Spanien, Polen, Belgien, Hol[…] durch staatliche Gesetzgebung und durch die […] zentraler Auswanderungsämter geregelt wor[…] privaten ausländischen Anwerbeunternehmung[…] wanderergesellschaften, die Schiffahrtslinien für […]

rerverkehr sind der staatlichen Genehmigung und t unterworfen. Zwischen den europäischen Ländern zwischen einigen südamerikanischen Einwanderungs-n, speziell Brasilien, Argentinien und Peru und den opäischen Staaten, sind zahlreiche vertragliche Rege- der Regierungsstellen bezüglich Auswandererschutz ürsorge getroffen worden. Italien hat als erstes in einzelnen Handelsverträgen, unter anderm mit en, Luxemburg, entsprechend der Meistbegünstigung lienische Waren, sich auch diese für seine Arbeits- ausbedungen. Darüber hinaus erstrebt es weitest- e Gleichbehandlung bezüglich der sozialen Arbeits- ngen und läßt die Auswanderung nur nach Ländern denen durch vorherigen Abschluß eines Arbeits- es die Art der Beschäftigung und die Arbeitsbedin- genau festgelegt sind. Aehnliche Schritte haben die europäischen Auswanderungsländer unternommen erreicht, daß durch eine Reihe von Staatsverträgen rteile der sozialen Gesetzgebung: Kranken- und Un- cherung, in einigen englischen Dominien sogar n-, Waisen- und Altersversicherung, den Einwan- in gleicher Form wie den einheimischen Arbeits- zugute kommen. Bezüglich der Arbeitslosenversiche- zwischen fast allen europäischen Staaten ein gegen- ndendes Abkommen getroffen worden, wonach aus- en Arbeitern, je nach dem eingeführten Versiche- der Unterstützungssystem, die Behandlungsgleichheit einheimischen Arbeitern zugesichert wurde. Es gewiß einen erheblichen Fortschritt, daß somit auch nden Arbeitskräfte in den Genuß der sozialen Ar- etzgebung gelangen und damit wenigstens vor en Notständen bewahrt sind. Doch wird praktisch ese Abmachungen von Regierungsstellen die gleiche ung vielfach nicht gewährleistet. Die fremden stammen zum großen Teil aus Ländern, in denen erkschaftliche Entwicklung noch lange nicht soweit ritten ist, wie in den Einwanderungsländern, so schwierig ist, die neuen Arbeitselemente in die haftliche Front einzureihen und ihnen damit ihr uf volle Entlohnung zu sichern und dessen Inne- zu überwachen. Gerade wegen dieser Gefahr der erbietung und dem davon ausgehenden Druck auf enshaltung der einheimischen Arbeiter — eine wie sie erfolgreich von den ostelbischen Agrariern chland vor dem Kriege und jetzt ausgeübt wird — ich heute die außereuropäischen Länder mit hoch- n Lebensniveau dem Einwanderungsstrom von räften mit niedrigsten Lebensansprüchen ver- und auch für eine internationale Regelung der opäischen Wanderung ist die völlige Gleichstellung cher und ausländischer Arbeiter erste Voraus- Die Durchführung dieses Prinzips kann nur unter ung der Gewerkschaften in allen Aemtern und aften, die national oder international die Wande- ln, gesichert werden. Die Gewerkschaften müssen fang und Auswahl der Anwerbung fremder Ar- gemäß dem Bedarf mit zu entscheiden haben, heitsgemäße Informationserteilung der Einwan- r überwachen, den Auswandererschutz noch weiter nd vor allem die völlige Behandlungsgleichheit der Löhne, der Arbeitsverhältnisse sowie der ungen aus der Sozialversicherung sichern und en können, damit so die Interessen einheimischer der Arbeiter gleichmäßig geschützt und zum Aus- racht sind.

Sozialpolitisches

ung der Postgebühren in Aussicht. Die Deutsche beabsichtigt, die Briefbeförderungsgebühr von ₰ zu erhöhen. Alle übrigen Postgebühren sollen um 50 % gesteigert werden. Die Reichspost diese Maßnahme damit, daß die Gebühren der allgemeinen auf dem Stand der Vorkriegszeit lieben seien, während die Grundpreise von In- nd Gesamtwirtschaft, der Lebenshaltungsindex rbeitslöhne mindestens um 50 % gestiegen seien. der Welt habe noch gleich niedrige Post- als Deutschland. Diese Maßnahme kommt nicht nd; denn sie wurde schon länger im geheimen t. Wenn die Post anführt, daß der Geldwert gegenüber dem von 1868, als das 10 ₰-Brief- eführt wurde, ganz gewaltig gesunken sei, so ht zu widersprechen. Es ist aber die Frage, ob Tariferhöhung lediglich mit so plumpen Mitteln In den 60 Jahren, die seitdem vergangen sind, hland eine ungeahnte Entwicklung durchgemacht. kerung hat sich um 60 % vermehrt, Handel und ind ins ungemessene gewachsen, die moderne hat ein riesenhaftes Anwachsen des schriftlichen zur Folge gehabt. Das Anschwellen des Post- at natürlich eine ständige Senkung der Kosten en Sendung herbeigeführt. Und da auch die rung im Postwesen durchgeführt ist, hätte man aß die Post diese wirtschaftsfeindliche Maß- gerade jetzt zur Durchführung gebracht hätte. übrigens nicht ganz, daß die Tarife der deut- spost die niedrigsten der ganzen Welt sind. taschwachen Ländern ist es durchaus nicht der merika ist zu seinem 2 Cents-Porto zurück- England kostet der Inlandsbrief, berechnet nte britische Weltreich und bei durchschnittlich enskosten, 12½ ₰. Kommt die Posterhöhung nd zur Durchführung, dann marschieren wir e aller Postsätze in der Welt. Die Deutsche efert so den Beweis, daß sie nicht in der Lage igerten Kosten durch eine Umstellung des Be- ugleichen. Und dabei war die Reichspost in Jahren nicht etwa ein Zuschußbetrieb, sondern Ueberschüsse erübrigt. Es konnten Neubauten genommen und Neueinrichtungen großzügiger en werden. Legt man die Arbeiterlöhne und nbezüge der Reichspost zugrunde, dann findet tigte Gebührenaufschlag ebenfalls keine Stütze. erung der Postgebühren ist eine wirtschafts- Maßnahme, die abgelehnt werden muß.

Weshalb gibt es in der Schweiz keine Wirtschaftskrise? Die Wirtschaft der Schweiz befindet sich zwar im Zustande eines Tiefstandes, doch nicht in einer Krise. Der Hauptgrund für die ungünstige Wirtschaftslage der Schweiz sind die Hindernisse der Ausfuhr, welche ein Land, das wie die Schweiz auf ein Höchstmaß von Ausfuhr angewiesen ist, sehr schwer treffen müssen. Die Hochschutzzollpolitik der Abnehmer der Schweizer Exportwaren, die neuen englischen Schutzzölle und das Valutadumping seitens Frankreichs, Belgiens und Italiens haben die Ausfuhr der Schweiz sehr nachteilig beeinflußt. Wenn trotzdem von einer Wirtschaftskrise nicht gesprochen werden kann, so ausschließlich infolge der Erstarkung des inländischen Absatzes. Ein Schweizer Volkswirtschafter, Dr. Fritz Marbach, gibt im Hamburger „Wirtschaftsdienst" für die befriedigende Lage des Innenmarktes die folgende Begründung: „Eine Hauptursache dieses befriedigenden Innenmarktes sind die im Verhältnis zu andern europäischen Staaten relativ hohen Löhne. Wohl sind die Löhne vor wenigen Jahren etwas abgebaut worden; aber im allgemeinen kann man gerade für die letzten Jahre sagen, daß Groß- und Kleinhandelsindexzahlen stärker fielen als die (zum Teil stagnierenden, zum Teil neuerdings leicht gehobenen) Löhne, so daß man tatsächlich eine leichte durchschnittliche Reallohnzunahme in Rechnung stellen darf. Diese Reallohnzunahme in der Zeit fallenden Exports vermochte durch ihre Anregung des Innenmarktes einen Teil des der Wirtschaft durch die ungenügende Außenhandelslage zugefügten Schadens aufzufangen. Hätte die Schweiz diejenigen Kräfte überhand-nehmen lassen, deren Bestreben nach einem Vorauseilen der Lohnsenkung vor der Lebenskostensenkung gerichtet waren, so würde sie heute wahrscheinlich von einer Krisis und nicht nur von einer Depression reden müssen."

Die russische Arbeitslosenversicherung. Das große Heer der Arbeitslosen, das durch den Zustrom von Landbevölkerung ständig zunimmt, sowie die ungünstige Finanzlage Sowjetrußlands haben bisher die Gewährung ausreichender Arbeitslosenunterstützungen verhindert. Von 1 100 000 eingeschriebenen Arbeitslosen erhielten bisher nur 30 % eine Arbeitslosenunterstützung. Die neue Regelung der Arbeitslosenunterstützung vom 1. Februar 1927 ist bestrebt, weite Schichten von Arbeitslosen von der Unterstützung auszuschließen, auch sind die Anwartschaftszeiten außerordentlich lang. Dennoch wird die Unterstützung gegenüber dem bisherigen Zustand auf eine breitere Basis gestellt. Die Arbeitslosen wurden in drei Gruppen eingeteilt: 1. Facharbeiter und geistige Arbeiter mit Hochschulbildung, 2. angelernte Arbeiter und geistige Arbeiter mit Mittelschulbildung, Handels- und Bureauangestellte, 3. ungelernte Arbeiter und Angestellte in untergeordneter Stellung. Die in die erste Gruppe fallenden Arbeitslosen erhalten als Arbeitslosenunterstützung ein Drittel des an dem betreffenden Orte üblichen Durchschnittsmonatslohnes, in der zweiten Gruppe ein Viertel, in der dritten ein Fünftel des üblichen Monatslohnes. Die Höchstdauer der Unterstützung beträgt für die erste Gruppe 9 Monate, für die beiden andern Gruppen 7 Monate. Für die Familienmitglieder werden Zuschläge gewährt, jedoch darf die Arbeitslosenunterstützung auch dann nicht die Hälfte des Lohnes übersteigen, den der Arbeitslose in den der Arbeitslosigkeit vorangegangenen 3 Monaten erhalten hat.

Sozialpolitik in Japan. Der Zusammenschluß der japanischen Arbeiterschaft in Gewerkschaften macht große Fortschritte. In den Industriegewerkschaften sind bereits etwa 350 000 Arbeiter organisiert, in der Gewerkschaft der Landarbeiter etwa ¼ Million Arbeiter. Die Zahl der industriellen Handarbeiter beträgt in Japan 10 Millionen, die der Landarbeiter ebensoviel, somit ist der Organisationsgrad in Japan noch nicht besonders hoch. Trotzdem machte die Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung einen großen Eindruck auf die Regierung, die nun ihrerseits durch einen Ausbau der Sozialgesetzgebung den radikalen Strömungen im Lande entgegenzuarbeiten versucht. Die Verbreiterung der parlamentarischen Grundlage durch die im vorigen Jahr eingeführte Erweiterung des Wahlrechts gibt ihr die Möglichkeit, die sozialpolitischen Gesetze durch das Parlament annehmen zu lassen. Zur Zeit steht ein Gesetzentwurf über die Arbeitervereine zur Verhandlung. Danach soll die Koalitionsfreiheit der Arbeiterschaft anerkannt werden, sie soll aber der Aufsicht der Verwaltung unterstellt werden. Den Unternehmern wird verwehrt, organisierte Arbeiter aus dem Grunde ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation zu entlassen beziehungsweise ihre Einstellung zu verweigern. Das Recht zum Abschluß von Tarifverträgen wird den Gewerkschaften zugesprochen. Die Arbeitgeber dürfen durch Einzelabreden die tariflichen Vereinbarungen mit den Arbeitnehmerorganisationen nicht umgehen. Ein zweiter Gesetzentwurf soll ein Schlichtungsverfahren einführen, vorläufig für Staatsbetriebe und für die Unternehmungen im öffentlichen Dienst, wie Eisenbahnen, Handelsflotte, Post, Gaswerke, Wasser- und Elektrizitätswerke. Die Gewerkschaften verlangen die Ausdehnung des Schlichtungszwanges auch auf andere Gewerbezweige, und es dürfte mit einer Erweiterung des Gesetzentwurfs nach dieser Richtung hin zu rechnen sein. Während des Schlichtungsverfahrens dürfen von den streikenden Gruppen keine Kampfmaßnahmen vorgenommen werden. Der Schlichtungsausschuß setzt sich aus neun Mitgliedern zusammen, von denen sechs von den streitenden Parteien zu stellen sind, die weiteren drei sind Unparteiische. Der Schlichtungsausschuß hat das Recht, Parteien und Sachverständige zu vernehmen und ist für diesen Zweck mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet.

Arbeiterversicherung

Unehrliche Versicherungswerbung.

„Geschäft ist Geschäft, ganz gleich, wie es zustande kommt." So denken manche Versicherungsagenten, die mit unlauteren Mitteln ihre Werbearbeit betreiben. Vor keiner Lüge und keinem Betrug schrecken sie zurück. Die unmöglichsten Versprechungen werden oft den Leuten gemacht, die früher, also vor und während der Inflationszeit, versichert waren, deren Versicherungen aber seinerzeit verfielen und die jetzt den Abschluß einer neuen Versicherung bei dem betreffenden Unternehmen ablehnen. Die alten Papiermarkversicherungen würden besonders gut und gar voll aufgewertet, wenn man unverzüglich eine neue Versicherung eingehe. Dies und ähnliches wird dem Publikum vorgeredet und — es gibt immer wieder solche, die dem Redefluß dieser Agenten nicht widerstehen können und ihnen ins Garn gehen. — Den Funktionären der Volksfürsorge, dem eigenen Versicherungsinstitut der deutschen Arbeiterschaft, wird häufig auf ihren Werbegängen von Volksgenossinnen und -genossen, die von gewissenlosen Versicherungsvertretern getäuscht wurden, geantwortet, daß man lediglich deshalb einen neuen Versicherungsvertrag bei dem privaten Versicherungsunternehmen eingegangen sei, um dadurch in den Genuß einer bevorzugten Aufwertung der alten Versicherungen zu kommen. Nun hat es aber kein Arbeiter, Angestellter oder Beamter nötig, sich oder seine Angehörigen bei privaten Unternehmen zu versichern; denn die in Frage kommenden alten Versicherungen müssen auf Grund und nach den Richtlinien des Gesetzes, also unbekümmert davon, ob neue Versicherungen abgeschlossen werden beziehungsweise bestehen oder nicht, aufgewertet werden. Die gesetzlich vorgeschriebene Aufwertung alter Versicherungsansprüche kann also in keinem Falle von dem Abschluß neuer Versicherungen abhängig gemacht werden. Wo diese zweifelhafte Werbemethode doch von Agenten geübt werden sollte, muß der betreffenden Versicherungsgesellschaft unter Angabe des Namens der Vorfall gemeldet werden; denn ein reelles Unternehmen duldet eine solche Arbeitsweise seiner Außenorgane nicht.

Im übrigen sei auch bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß sich die werktätige Bevölkerung nur bei ihrer eigenen Gesellschaft versichert; denn die **Volksfürsorge** ist die Versicherung des Arbeiters, die Versicherung des Angestellten, die Versicherung des Beamten.

Achtung, Versicherte der deutschen Betriebskrankenkassen!

Anläßlich der Hauptversammlung des „Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen, Sitz Essen", am 14. und 15. Juni 1927 in Dresden findet am Montag, 13. Juni, vormittags 9½ Uhr, in den Volkswohl-Trianonsälen, Dresden, Trabantengasse, eine Vorbesprechung der Versichertenvertreter statt.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagung (Satzungsänderung, Ersatzwahlen, Zuwahlen zu den Verbandsorganen) ist es dringend geboten, daß möglichst jede Betriebskrankenkasse einen — die größeren Kassen mehrere — Versicherte entsenden.

Es wird bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die preußischen Bestimmungen vorsehen, daß Kassen bis zu 5000 Mitgliedern 2 Vertreter, über 5000 bis 25 000 Mitglieder 3 Vertreter, über 25 000 bis 50 000 Mitglieder 4 Vertreter, über 50 000 bis 100 000 Mitglieder 5 Vertreter, über 100 000 Mitglieder 6 Vertreter (Arbeitgeber und Versicherte) entsenden können. Daneben ist die Entsendung des Geschäftsführers oder eines andern Angestellten der Kasse gestattet.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin veröffentlicht ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1926. Der Bericht, außerordentlich fleißig und mit großer Sachkenntnis bearbeitet, bietet auch für uns wertvolles Material, auf das wir noch zurückkommen. Die durchschnittliche Mitgliederzahl ist auf 489 084, insgesamt um 33 615 gestiegen. Diese Steigerung ist aber nur durch die Versicherung der Erwerbslosen entstanden. Die Zahl der Erwerbstätigen ist um 18 626 gesunken. Trotzdem die Erwerbslosen erheblich niedrigere Beiträge zahlen als ein großer Teil der Versicherten, sind die Beitragseinnahmen um rund 5 000 000 Mark auf über 41 000 000 ℳ gestiegen. Trotz des günstigen Beitragseingangs konnten Ueberschüsse an den Reservefond nicht abgeführt werden, weil ein Teil der Versicherten aus ungünstigen Risiken besteht und die Kasse über Gebühr in Anspruch nimmt. Außer den Erwerbslosen sind es die Hausgehilfen, die infolge des hohen Krankenhaussatzes die Kasse enorm belasten. Die weiblichen Hausgehilfen nehmen die Krankenhäuser gegenüber den Versicherten in Anspruch wie 2,71 : 1, auf jeden Versicherten kommen also 2,71 Dienstboten, die in ein Krankenhaus gehen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Kasse im Jahre 1926 für Dienstboten über 800 000 ℳ mehr ausgegeben als vereinnahmt hat. Auch die Hausgewerbetreibenden belasten die Kasse sehr. Nach einer angestellten Berechnung übersteigen hier die Ausgaben die Einnahmen um 738 890 ℳ. Alles dies würde aber nicht ins Gewicht fallen, wenn die Aerzte bei der Verordnung von Arzneien und Heilmitteln sich auch nur im bescheidenen Maße nach den Richtlinien des Reichsausschusses richten würden. Die Kosten für Arzneien und Heilmittel betrugen: 1914 pro Kopf 5,25 ℳ, 1924 pro Kopf 7,77 ℳ, 1925 pro Kopf 11,41 ℳ, 1926 pro Kopf 15,18 ℳ. Es ist also eine Steigerung gegenüber 1914 um fast das dreifache, gegenüber 1924 um fast das zweifache zu verzeichnen. Der Bericht der Kasse beweist schlagend, daß bei festangestellten Aerzten die Ersparnis an Arzneien außerordentlich groß ist. Die Berliner Krankenkassen haben bekanntlich für die Familienversicherung eigene Ambulatorien eingerichtet, in denen Aerzte gegen festes Gehalt arbeiten, die also unabhängig von den Wünschen der Versicherten ihre Aufgaben erfüllen. Die Kosten für Arzneien und Heilmittel betrugen in den Ambulatorien pro Kopf des Versicherten 1,35 ℳ gegenüber dem Gesamtverbrauch von 15,18 ℳ. Die Kasse hat auch eine eigene Kinderheilstätte in Luisenthal in Thüringen und arbeitet ferner mit

andern Heilstätten. Im Jahre 1926 wurden über 1000 Kinder verschickt. Die Zahl der Krankengeldtage ist erheblich zurückgegangen. An Krankengeld sind 1 700 000 ℳ weniger gezahlt worden als im Vorjahre, dagegen hat die Zahl der im Krankenhaus und in Heilanstalten verpflegten Personen erheblich zugenommen. Die Mehrausgabe beträgt hier rund 2 100 000 ℳ. Die Kasse besitzt 9 eigene Heilanstalten und hat neuerdings eine eigene Fürsorgeabteilung eingerichtet, in der in diesem Jahre 3000 Fürsorgefälle behandelt wurden. Die Fürsorge beschränkte sich in der Hauptsache auf Tuberkulosekranke und Wohnungsfürsorgefälle, für die häufig Abhilfe geschaffen werden konnte. Der Bericht geht dann noch eingehend auf das Verhältnis mit den Aerzten ein und kommt zu dem Schluß, daß bei weiterer Erhöhung des Arzthonorars eine Erhöhung der Beiträge unumgänglich nötig ist. Diese Erhöhung ist dann ausschließlich auf das Konto der freien Arztwahl zu schreiben, da die Kosten für Arzneien und Heilmittel im Durchschnitt 40 bis 50 % höher sind als in den übrigen Kassen des Deutschen Reiches.

Vom Ausland

Das **Internationale Sekretariat der Maler** beruft zu Montag, 20. Juni 1927 und folgende Tage

die fünfte Internationale Konferenz

nach Wien ein, Sitzungssaal der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Ebendorfer Strasse 7.

Die Tagesordnung der Konferenz ist vorläufig wie folgt festgesetzt:

1. Bericht des internationalen Sekretärs.
2. Bericht der Delegierten über den Stand der von ihnen vertretenen Organisationen.
3. Arbeitsverhältnisse, Lohn- und Tarifpolitik im Maler- und Lackierergewerbe. (Urlaubsfragen, Lehrlingsausbildung usw.)
4. Technische und fachgewerbliche Neuerungen im Maler- und Lackierergewerbe.
5. Berufskrankheiten und Unfallgefahren im Maler- und Lackierergewerbe. (Die Durchführung des Uebereinkommens der Internationalen Arbeitskonferenz vom Jahre 1921.
6. Organisationsfragen und Beratung allgemeiner Anträge.

Für das **Internationale Sekretariat** gez. Otto Streine.

Amerika. In Brooklyn sind die Maler in einen Lohnkampf eingetreten. Sie fordern einen Tagelohn von 14 Dollar = 60 ℳ, das ist 7,25 ℳ für die Arbeitsstunde. Die „Farbenzeitung" schreibt hierzu: „60 ℳ pro Tag, das sind im Monat 1500 ℳ. Das ist nicht etwa das Gehalt eines ersten Direktors eines angesehenen Industrieunternehmens in Deutschland, sondern der Minimallohn von 14 Dollar, der von den Malergehilfen in Brooklyn gefordert wird. Man ist von den Vereinigten Staaten die Tatsache hoher Löhne gewohnt, ein Tagelohn von 14 Dollar für den Malergehilfen dürfte aber die Grenze nach oben sein und es erscheint sehr fraglich, ob dieses hohe Niveau auf die Dauer in U. S. A. sich wird aufrechterhalten lassen. Freilich steht die Saison vor der Tür, und das mag der Anlass sein, dass diesmal noch die Gehilfen die stärkeren sein werden; aber man muss gar nicht die genaue Kalkulation der amerikanischen Malermeister kennen, um sich sagen zu können, dass eine derartige Lohnquote kaum tragbar sein kann. Der Lohnaufschwung hat sich in U. S. A. automatisch aus der grossen Konjunkturwelle ergeben, die seit vier Jahren das Land hochgebracht hat." Zum Schluss werden die Fabrikanten und Händler ermahnt, die Bestrebungen der Maler, die zur Erhöhung des Absatzes führen, zu der eigenen zu machen. Wer in Betracht zieht, dass auch der amerikanische Malergehilfe im Jahre eine 10- bis 12wöchige Arbeitslosigkeit durchmachen muss, wird, nach den dortigen Verhältnissen gemessen, die Forderung nicht als eine übertriebene bezeichnen können, um so mehr, als im Baugewerbe und andern Berufen jetzt schon Wochenlöhne von 60 Dollar und mehr gezahlt werden. Der jetzige Lohn für Maler beträgt 0,80 ℳ die Stunde. Wenn in Amerika trotz der vielfach höheren Löhne als in Deutschland die allgemeine Wirtschaftslage eine so gute ist, so sollte das für das gesamte deutsche Unternehmertum ein Fingerzeig sein, dem gleichen Ziele zuzustreben: Hebung der Kaufkraft der Massen durch hohe Löhne ist der beste Weg zur Gesundung unserer Wirtschaft.

Verschiedenes

Die Wochenend-Ausstellung in Berlin. Der Gedanke des „Wochenend" hat seit längerer Zeit auch in Deutschland breite Bevölkerungsschichten erfaßt. Bekanntlich ist England und Amerika in dieser Beziehung längst vorausgegangen. Die Wochenend-Bewegung hat zum Ziel, jeden Menschen am Sonnabend die Möglichkeit eines frühen Arbeitsschlusses zu geben, damit jeder in der Lage ist, den Sonntag einschließlich des Sonnabendnachmittags im Kreise seiner Familie in der freien Natur zu verleben. Es war ein kluger Gedanke, eine Ausstellung zu veranstalten, um diesem Gedanken durch praktische Beispiele, durch Anschauungsmaterial, wie das Wochenende zu verleben ist, mehr Geltung zu geben. In Berlin wurde am Ostersonnabend eine große Wochenend-Ausstellung eröffnet. Sie ist für die Dauer von 2 Monaten in Aussicht genommen. Schon ein flüchtiger Rundgang in dieser Ausstellung zeigt, was solch ein zündender Gedanke hervorzuzaubern in der Lage ist. Sicher ist dabei auch der Geschäftssinn maßgebend gewesen. Denn die Firmen und Personen, die die 55 Wochenendhäuser aller Größen und Systeme, von der Laube bis zur höchst wohnlich eingerichteten Villa aufgebaut haben, waren natürlich auch von dem Gedanken durchdrungen, dabei Geschäfte zu machen. Dennoch ist der Leitung dieser Ausstellung höchste Anerkennung zu zollen. In kaum viermonatiger Vorbereitungszeit wurde ein Ausstellungswerk von seltener Vielseitigkeit aufgebaut. Die Größe der bebauten Fläche beträgt rund 50 000 qm. Nur kurz sei hier erwähnt, daß die Wochenendschau in allen Teilen Interessantes bietet und der Besuch sich durchaus lohnt. Jedes Gewerkschaftsmitglied, dem es irgendwie möglich ist, sollte diese Ausstellung besuchen. Von den Gewerkschaften ist nur der Afa-Bund auf der Ausstellung vertreten. In plastischen Bildern, durch Diagramme, Flugblätter, Schriften und sonstiges Anschauungsmaterial weisen die Verbände der Afa auf die Notwendigkeit verkürzter Arbeitszeit, des frühen Ladenschlusses usw. hin. Dem Afa-Bund kann für diese Ausstellung, die sicher ihre Früchte tragen wird, hohe Anerkennung gezollt werden. Der Gedanke des freien Sonnabendnachmittages marschiert. Er ist durch keine Macht der Welt mehr aufzuhalten. Die Berliner Ausstellung ist dafür ein glänzendes Werbemittel. Wer sie verläßt, muß, wenn er nicht mit Stumpfsinn geschlagen ist, ein begeisterter Kämpfer für die Verkürzung der Arbeitszeit unter Erhöhung der Löhne sein.

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum - - - -

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 4 oder mehr farbig. Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen! - - - -

Fachtechnisches

Titanweiß.

Dem „Fachblatt der Maler" Nr. 5 wird über die Titanweißfarbe die nun auch in Deutschland immer mehr zur Verwendung kommt, wie folgt berichtet:

Die hervorragende Güte und Färbekraft, vor allem aber seine Ungiftigkeit, lassen das Titanweiß geeignet erscheinen, den Gebrauch anderer weißer Farben immer mehr einzuschränken. So hat zum Beispiel der Verbrauch von Titanweiß in Nordamerika bereits einen solchen Umfang erlangt, daß das Normungsbureau der Vereinigten Staaten von Nordamerika sich mit der Frage der Titanweiß-Fabrikation beschäftigt hat und für die Zusammensetzung und Verwendung des Titanweiß bestimmte Richtlinien festlegte.

Wie auf vielen andern Gebieten, so ist auch Deutschland infolge des Krieges auf dem Gebiete der Titanweißfabrikation erst später zu Resultaten gelangt. Es hat langjährige und schwierige Versuche erfordert, ehe an die Großfabrikation von Titanweiß geschritten werden konnte. Die erste Firma in Deutschland, die die besonderen Eigenschaften des Elementes Titan erkannte, war die D. G. A. (Deutsche Gasglühlicht-Auergesellschaft m. b. H.), Berlin. Der Vorsprung, den das Ausland durch patentierte Verfahren auf dem Gebiete der Titanweißherstellung hatte, ist dadurch eingeholt worden, daß die genannte Firma die einzige ist, die nach einem eingehend durchgearbeiteten Verfahren zunächst die Herstellung der Grundsubstanz jeder Titanweißfarbe, des reinen Titandioxyds, vornimmt und dann auf diese Weise Titanweißprodukte erhält, die in bezug auf Güte stets gleich bleiben und daher den ausländischen Fabrikaten überlegen sind.

Das deutsche Titanweiß kommt unter dem Namen „Degea-Titanweiß" in den Handel, und zwar in den 3 Qualitäten: „Viersiern" (Siegel: grün), „Dreistern" (Siegel: karmin), „Zweistern" (Siegel: orange). Diese 3 Sorten unterscheiden sich nur in der Deckkraft voneinander. Das Degea-Titanweiß „Zweistern" hat dieselbe Deckkraft wie Bleiweiß, die Qualität „Dreistern" die 1½fache Deckkraft von Bleiweiß, während die Qualität „Viersiern" laut Prüfungszeugnis des Deutschen Malerbundes in Kiel eine so große Deckkraft besitzt, daß ein einmaliger Anstrich mit derselben ohne Vorgrundierung besser deckt als ein einmaliger Bleiweißanstrich auf vorgestrichener Fläche. Die Ausgiebigkeit der 3 Sorten Degea-Titanweiß wird von keinem andern weißen Pigment erreicht, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß man, auf dieselbe Gewichtseinheit berechnet, ungefähr die 1½fache Menge Titanweiß wie von Bleiweiß erhält. Diese Angaben sind durch Prüfungszeugnisse bestätigt worden. Neben der großen Deckkraft und der hohen Ausgiebigkeit besitzen die Degea-Titanweißfarben aber noch alle jenigen Eigenschaften, die man von einer guten Au anstrichfarbe verlangen muß, als das [illegible] Lichtech Wetterbeständigkeit und gute Streichfähigkeit. Es kom als weitere wesentliche Momente noch hinzu: die ständige Ungiftigkeit und seine Unempfindlichkeit Rauchgase, Säuren und Alkalien. Die Deckkraft und Ausgiebigkeit der Degea-Titanweißsorten bei der Be tung als wichtige Faktoren in Rechnung gestellt, ko man zu dem Resultat, daß die praktische Verarb tung des Degea-Titanweiß sich nicht teurer stellt als irgendeiner billigen Oelweißsorte.

Es ist deshalb auch für die deutschen Verbraucher sam, sich etwas eingehender mit dem Degea-Titanwei beschäftigen. Bis vor kurzem hat es einen gleichwer Ersatz für das Bleiweiß nicht gegeben, so daß man stehen kann, wenn der Farbenverbraucher neuen Prod etwas skeptisch gegenübersteht. Von diesen Vorur sollten aber auch die Farbenverbraucher sich freim und die Errungenschaft der stets fortschreitenden W schaft und Technik ausnutzen. Das Degea-Titanwei tatsächlich die Farbe, die der Maler schon lange vergeblich gesucht hat.

Die Ausstellung „Raum—Farbe—Form" Bundes Deutscher Dekorationsmaler, e. V., Köln, wir 29. Mai in München eröffnet. Die Jury besteht folgenden Herren: Geheimrat Professor Dr. Be meyer, Professor Julius Diez, Oberstudiendir Otto Rückert, Maler BDD., Gewerberat G Müller, Maler BDD. Im Anschluß an die öffnung der Ausstellung findet im Hotel „Bayrischer die öffentliche Hauptversammlung des Bundes Deu Dekorationsmaler statt, zu der alle Interessenten Eintritt haben. Es werden dort sprechen: Oberst direktor Otto Rückert, Maler BDD., München, die Entwicklung des Malerhandwerks, Emil Rothmann, Maler BDD., Stuttgart, über wirtschaftlichen Zukunftsprobleme Malerhandwerks.

Literarisches

Karl Scheffler: Der junge Tobias. Eine Jugen ihre Umwelt. Einbandzeichnung von Max Liebermann. verlag zu Leipzig. Preis in Leinen gebunden 8,50 ℳ. junge Tobias" ist die Lebensgeschichte eines jungen Handw der sich in vielfach gehemmter Selbstlehre zu einem geistig beiter entwickelt und in dessen Schicksalen sich ein Bild d zwischen 1870 und 1900 getreulich abspiegelt. Ein Eing steht da für das Leben einer Epoche; das Sein einer Generation verdichtet sich im Sein und Werden eines ein

Karl Scheffler ist einem weiten Leserkreis bekannt feine Kunstbücher, seine Arbeiten über Italien, Paris und lin, die ihm zu Auseinandersetzungen über Kulturformen schiedener Völker wurden, und durch seine Essays, in den dem vielgestaltigen Leben von den verschiedensten Seiten kommen trachtet. Seine Leser werden dieses ganz ang artete Buch auch darum begrüßen, weil sie darin den M der hinter allen seinen Arbeiten steht, unmittelbar finden, ein Buch jenseits aller literarischer Moden, der Extrav ungewöhnlichen Lebens, ein Bekenntnis ohne Scheu und Scham, einer jener Rechenschaftsberichte, die die Deutsch hundertundfünfzig Jahren zu schreiben und zu lesen nic werden. Denn Johann Schüler, der Held des Romans, später Enkel Wilhelm Meisters, Jung-Stillings, Anton R Heinrich Lees und vieler anderer, die auszogen, sich selbst Welt ihrer Zeit und diese Welt wiederum in sich selbst zu

Deutsche Bodenreform, Arbeit und Aufgaben betitelt soeben erschienene 84. Heft der von D. Dr. Adolf Dam herausgegebenen „Sozialen Zeitfragen". Es enthält den des Herausgebers als ersten Vorsitzenden des Bundes D Bodenreformer auf dem 31. deutschen Bodenreform Schwerin. Damaschke gibt einen Abriß aus dem Ka deutschen Bodenreform um das Bodenreformgesetz. D ist zum Preise von 50 ₰ zu beziehen durch die Buchh Bodenreform, Berlin NW. 87, Lessingstraße 11.

Dr. E. Fraenkel: **Betriebsräte und Arbeitsgeric** Umfang 34 Seiten Taschenformat. Preis kart. 40 ₰. E. Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30. — Da Arbeitsgerichtsgesetz tief in die Bereiche des Betriebsrä und den Aufgabenkreis der Betriebsräte eingreift, h Fraenkel, der juristische Lehrer an der Wirtschaftsfch Deutschen Metallarbeiterverbandes in Dürrenberg, alles sammengetragen, was nach den Erfahrungen aus der P Betriebsräte vom Ineinandergreifen von Betriebsräteg Arbeitsgerichtsgesetz wissen müssen. Besondere Aufmerksa der Neuordnung der Verhandlungspraxis und der Beden freiwilligen Arbeitsgerichtsbarkeit für die Gewerksch widmet. Die knappe, aber gründliche Einführung Fraenk jedem Betriebsrat willkommen sein.

Kultur des Handwerks. Amtliche Zeitschrift der Au München 1927 „Das Bayerische Handwerk". München, T höhe 4 a. Das vorliegende Heft 5, Sonderheft Nürn wiederum auf das beste ausgestattet und mit zahlreich schnitten, Tafeln und einer Faksimilewiedergabe aus ein schrift Hans Sachsens verziert. Die Beiträge aus jas Feder über die Entwicklung und Blüte des Nürnberg werks erhöhen den Wert dieses Heftes.

Blätter für alle, Monatsblätter der Univ Bücherei, ist jetzt durch alle Kioske, Buchhandlungen Preise von 50 ₰ auch für Nichtmitglieder der Universum zu beziehen und ab 1. April vierteljährlich zu 75 ₰ bei zu bestellen. Geschäftsstelle: Berlin NW. 7, Dorotheen

Die „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung" kostet 25 ₰ durch alle Reichsbannergruppen, durch jede Postanstalt u handlung zu beziehen.

„Die Frauenwelt." Jedes Heft 30 ₰, mit Schn bogen 40 ₰. Zu beziehen durch alle Postanstalten oder Volksbuchhandlung.

Vom 22. bis 28. Mai ist die 21. Beitrags

Sterbetafel.

Frankfurt a. M. (Zahlstelle Sprendlingen.) Am starb unser treuer Kollege Heinrich Jä Alter von 62 Jahren.

München. Gestorben sind: Am 18. April Kolleg Piergärtner, geboren 9. September 1 24. April Kollege Ludwig Schmelzer, 16. August 1869; am 18. Mai Kollege Joh. böck, geboren 10. Juni 1869.

Ehre ihrem Andenken!

Für die Redaktion verantwortlich: M. Mark. Verlag: J. Heirich. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.